

DIE MARXISTISCHE - LENINISTISCHE - GRUNDSATZES
DES PROLETARISCH REVOLUTIONÄREN KAMPFES

Von

Franz Dowien

Dritte Ausgabe.

Achtes Heft. . . .

XII. Die Aufrichtung der proletarischen Diktatur

Herausgegeben vom
KAMPFBUND ZUR BEFREIUNG DER ARBEITERKLASSE - - -
Wien 1. 1. 9. 3. 6

XII. DIE AUFRICHTUNG DER PROLETARISCHEN DIKTATUR.
XII. DIE AUFRICHTUNG DER PROLETARISCHEN DIKTATUR.

A) Die Notwendigkeit des bewaffneten Aufstandes.

(A) Die Notwendigkeit des bewaffneten Aufstandes.

a) Die herrschende, ausbeutende Klasse kann sich vermittels ihrer politischen Macht noch lange behaupten, selbst wenn ihre gesellschaftlich fortschrittliche Rolle schon erschöpft ist; selbst wenn ihr Wirtschaftsgebäude in den Grundmauern wankt. Nur die revolutionäre Massenaktion vermag die Bourgeoisie zu stürzen, letzten Endes nur der bewaffnete Aufstand. Er ist die Massenaktion mit den Waffen zum Sturz der kapitalistischen, zur Aufrichtung der proletarischen Diktatur.

(B) Die Notwendigkeit des bewaffneten Aufstandes.

b) Es gibt Sklavenhalteraufstände, feudale, bürgerliche, kleinbürgerliche, nationale (nationalrevolutionäre) Aufstände; es gibt Sklavenaufstände, Aufstände der Leibeigenen, hörigen Bauern (Baueraufstände), proletarische Aufstände. Als proletarischen Aufstand bezeichnen wir nur denjenigen Aufstand, dessen tatsächliches Ziel ist, die Zertrümmerung der kapitalistischen Diktatur, habe sie Form immer, habe sie auch demokratische Form, dessen tatsächliches Ziel ist die Aufrichtung der Diktatur des Proletariats.

(C) Die von der offenen Gegenrevolution niedergeworfene Sozialdemokratie ist mit einem male "auch für den bewaffneten Aufstand", aber nur, um die Form des kapitalistischen Regimes zu ändern, nur um die offene, durch die demokratisch verhüllte kapitalistische Diktatur zu ersetzen. An die kapitalistische Ausbeutung und Herrschaft will sie ernstlich nicht tasten; sie will lediglich, dass die Arbeiter in demokratischer Form kapitalistisch ausgebeutet und beherrscht werden. Sie will den "bewaffneten Aufstand" nicht, um die Bourgeoisie zu stürzen, sondern lediglich um die Bourgeoisie zu zwingen, mit dem sozialdemokratischen Lakai zusammenzuarbeiten, möglichst zusammen zu regieren. Das gilt heute nicht nur von der SP(RS), sondern ebenso von der Stalinerie.

Es geht der SP(RS) nur um den kleinbürgerlichen Aufstand; nicht um die Zerschmetterung der kapitalistischen Herrschaft, sondern nur um einen Anteil daran und schon gar nicht um die tatsächliche Aufrichtung der Diktatur der Arbeiterklasse. Uebt diese "Eigenart" des sozialdemokratischen (revolutionärsozialistischen) "Aufstand" sucht die SP(RS) die Arbeiter zu täuschen; wie spiegelt ihnen vor, auch sie kämpft jetzt "für die revolutionäre Diktatur des Proletariats".

(D) Auch im Munde der Stalinerie, der Stalinerie ist die Lösung der proletarischen Diktatur heute vollkommen bewusster Betrug an der Arbeiterschaft. "Der Aufbau des (angeblichen) Sozialismus in einem Land" - das ist die stalinische Schwindelbezeichnung für den russischen National "Kommunismus" - ist unvereinbar mit der internationalen proletarischen Revolution, ist tatsächliches und heute vollkommen bewusstes Präisgeben der Weltrevolution.

In einer ganzen Reihe von Staatsverträgen hat die Stalinerie auf jede Förderung der proletarischen Revolution in den betreffenden Ländern verzichtet. In aller Form hat die KPF, die KPC auf die revolutionäre Propaganda in Frankreich und CSR überhaupt und auf die revolutionäre Propaganda in der Armee des französischen und tschechischen Imperialismus insbesondere verzichtet. Sie hat sich für die kapitalistische Landesverteidigung in Frankreich und CSR erklärt, wenn die Armee des französischen und tschechischen Imperialismus "gegen den deutschen Imperialismus kämpfen werde". Sie hat in diesen Verträgen die bindende Verpflichtung übernommen, weder im Gebiet des verbündeten Landes, noch auch in Russland direkt oder indirekt irgendwie eine Organisation zu unterstützen, die auf den gewaltsamen Sturz des im verbündeten Lande herrschenden (kapitalistischen) Staatsystems ausgeht, ja in Sowjetrussland einer solche Organisation überhaupt nicht zu dulden.

e) Österreich gehört heute zur ernstesten Interessensphäre des tschechischen und französischen Imperialismus. Gefüde mit den Imperialisten Frankreichs und der Tschechoslowakei hat die Stalinbürokratie solche Verträge geschlossen. Es ist bei diesem Stand der Dinge vollkommen klar, dass die Stalinbürokratie auch in Österreich praktisch nichts unternehmen wird, was ihre Staatsverträge mit dem französischen und tschechischen Imperialismus irgendwie gefährden könnte. Daraus ergibt sich zwangsläufig, dass die Stalinbürokratie, die Stalinpartei, die Stalininternationale selbst in Österreich praktisch nicht einen Finger rüttelt für die proletarische Revolution, für die Diktatur des Proletariats, für den proletarischen bewaffneten Aufstand. Das Gleiche gilt von der SP(RS), denn diese steht im tatsächlichen Bündnis mit der tschechisch-französischen Bourgeoisie, steht in deren imperialistischen Front und will nicht die proletarische Diktatur gegen, sondern die kleinbürgerliche Zusammenarbeit mit der österreichischen Bourgeoisie (oder Teilen derselben), was auch von der stalinischen KP gilt. Wird sich der "Austrofaschismus" schliesslich in die imperialistische Front Frankreich-Kleine Entente einreihen, so werden SP(RS)KP die österreichischen Arbeiter zum aktiven Unterstützen des Austrofaschismus aufrufen, unter dem Deckmantel des Kampfes für die "Unabhängigkeit unseres (kapitalistischen!) Österreichs". Sie drohen mit dem Aufstand, um den Austrofaschismus in die französisch-tschechisch imperialistische Front zu zwingen. Sie werden den Aufstand unterstützen von den französischen, tschechischen Imperialisten tatsächlich durchführen, falls sich die österreichische Bourgeoisie endgültig der deutschimperialistischen Front gegen die Bourgeoisie Frankreich-Kleine Entente anschliesse sollte; ein solcher Aufstand hätte jedoch nicht die proletarische Diktatur zum Ziele, sondern die Aufrichtung eines demokratischen Regimes, das das Bündnis mit dem französisch-tschechischen Imperialismus zu verwirklichen, zu gewährleisten hatte, es wäre ein kleinbürgerlicher Aufstand.

Durch scheinradikalstes Geschrei, Bramarbasieren, Kraftmeiern, durch vollkommen bewusste Betrugslösungen suchen SP(RS)KP das Proletariat über ihre wirkliche Einstellung zu täuschen.

B) Wann ist die Zeit reif für die proletarische Revolution?

a) Wann ist die Lage so herangereift, dass der bewaffnete Aufstand als Aufgabe der proletarischen Klassenpartei unmittelbar auf der Tagesordnung steht? Mit anderen Worten: wann ist die unmittelbare revolutionäre Lage wirklich da?

Die Stalinbürokratie hat im Laufe der Jahre die besondere Kunst entfaltet, an wirklich heranreifenden revolutionären Situationen blind vorbei zu gehen, sie nicht zu sehen und die der Lage entgegengesetzte Strategie und Taktik zu betreiben. Siehe die stalinische Politik besonders in den Jahren 1929-1932, wo die akute Zuspitzung der Wirtschaftskrise in Deutschland die revolutionäre Mobilisierung der Massen ermöglichte. Mit ihrer Schwindellosung des "Sozialfaschismus" half die Stalinklique der verräterischen SP die proletarische Einheitsfront zu sabotieren und hinderte ebendadurch die Mobilisierung der Massen zur revolutionären Offensive.

Umgekehrt in den Jahren 1925 - 1928, wo in Deutschland bei verhältnismässig guter Konjunktur die revolutionäre Welle abflaute. Damals kreischte die Stalinbürokratie wie besessen, die "Dritte Periode", die unmittelbar revolutionäre Situation der Endkampf stehe auf der Tagesordnung. In "roten Tagen" (lies Putschaktionen) wurde die proletarische Kraft leichfertig verpufft, die Position der Arbeiterklasse immer mehr geschwächt. So half die Stalinklique dem Faschismus in den Sattel.

b) Lenin gab auf die Frage, wann die Zeit für den bewaffneten Aufstand reif ist, folgende Antwort: 1917 im September: "damit der Aufstand erfolgreich sein kann, muss er sich nicht auf eine Verschwörung, nicht auf eine Partei stützen, sondern auf die fortgeschrittenen Klassen. Dies - erstens. Der Aufstand muss sich auf den revolutionären Plan des Volkes stützen. Dies - zweitens. Der Aufstand muss sich auf einen solchen Wendepunkt in der Geschichte der wachsenden Revolution stützen, wo die Aktivität der Vorhut des Volkes am grössten ist, wo die Schwankungen in den Reihen der Feinde und in den Reihen der Schwachen,

Schwankenden unentschlossenen Freunde der Revolution am stärksten sind. Das - drittens. Durch diese drei Bedingungen in der Frage des Aufstandes unterscheidet sich der Marxismus vom Blanquismus.

Liegen aber diese drei Bedingungen vor, so ist der Verzicht auf die Behandlung des Aufstandes als Kunstu gleichbedeutend mit dem Verrat an der Revolution.

Um zu beweisen, warum gerade der Moment, den wir jetzt erleben als solcher anzusprechen ist, wo die Partei den Aufstand unbedingt als durch den Gang der objektiven Ereignisse auf die Tagesordnung gestellt betrachten und als Kunst behandeln muss, um das zu beweisen, ist vielleicht die Methode des Vergleiches am besten anzuwenden und der 3. und 4. Juli mit den Septembertagen zu vergleichen.

Am 3. und 4. Juli konnte man, ohne gegen die Wahrheit zu verstossen, die Frage so stellen: es wäre richtiger die Macht zu erobern, denn unsere Feinde werden uns ja ~~hauptsächlich~~ des Aufstandes bezichtigen und uns als Aufständische behandeln; aber daraus lässt sich noch nicht folgern, dass es damals notwendig gewesen wäre, die Macht zu ergreifen, denn damals fehlten die objektiven Bedingungen für den Sieg des Aufstandes.

1. Wir hatten noch nicht die Klasse hinter uns, die die Vorhut der Revolution darstellt. Wir verfügten noch nicht über die Mehrheit unter den Arbeitern und Soldaten der Hauptstädte. Jetzt ist sie in den beiden Sowjets da. Sie wurde allein durch die Geschichte des Juli und des August, durch die der "Erledigung" der Bolschewiki und die Erfahrung der Kornilowaffaire geschaffen.

2. Damals fehlte der allgemeine revolutionäre Elan des Volkes. Jetzt nach der Kornilowaffaire ist er da. Die Provinz sowie die Macht ergreifung durch die Sowjets an vielen Orten beweist das.

3. Es gab damals keine Schwankungen im ~~allgemeinen~~ politischen Massstab unter unseren Feinden und den schwankenden Kleinbürgerlukum. Jetzt sind die Schwankungen gewaltig: unser Hauptfeind, der Imperialismus der Alliierten und der internationale Imperialismus, pendelt zwischen den Krieg bis zum siegreichen Ende und einem September Frieden gegen Russland. Unsere Kleinbürgerlichen Demokraten, die offensichtlich die Mehrheit im Volke verloren haben, sind gewaltig im Schwanken geraten und haben auf den Block, das heist auf die Koalition mit den Kappisten (der Kapitalistenpartei, der Verf.) verzichtet.

4. Ein Aufstand am 3. und 4. wäre deshalb falsch gewesen: wir hätten weder physisch noch politisch die Macht behauptet. Physisch, trotzdem Petersburg momentweise in unseren Händen war, denn unsere Arbeiter und Soldaten hätten um den Besitz von Petersburg nicht kämpfen, nicht sterben mögen. Es fehlte noch die "Wut", es fehlte der kochende Hass gegen Kerenski als auch gegen die Zeretelli und Tschesnow (gegen Menschewiki und Sozialrevolutionäre der Verf.) unsere Leute waren noch nicht gereift durch die Erfahrung der Bolschewikiverfolgungen unter Beteiligung der Sozialrevolutionären und Menschewiki. waren noch nicht gereift.

Politisch hätten wir am 3. und 4. Juli die Macht nicht behaupten können, denn die Armee und die Provinz konnten vor der Kornilowade auf die Petersburg marschieren und hätten es getan.

Jetzt ist das Bild ein ganz anderes...

1920, das Grundgesetz der Revolution, dass durch alle Revolutionen, insbesondere durch die drei russischen Revolutionen des 20. Jahrhunderts bestätigt worden ist, besteht im folgenden:

Zur Revolution genügt es nicht, dass die Ausgebeuteten und geknechteten Massen die Unmöglichkeit, in alter Weise weiterzuleben, einsehen und eine Änderung fordern; zur Revolution ist es nötig, dass die Ausbeuter nicht mehr in der alten Weise leben und regieren können. Nur wenn die "unteren Schichten" die alte Ordnung nicht mehr wollen und die "oberen Schichten" in der alten Weise nicht mehr leben können, nur dann kann die Revolution siegen.

Mit anderen Worten kann man diese Wahrheit so ausdrücken: Die Revolution ist ohne Kriese der Gesamtnation (die Ausgebeutete und Ausbeuteten umfasst) unmöglich. Folglich gehört zur Revolution:

Erstens, dass die Mehrheit der Arbeiter (jedenfalls die Mehrheit der klassenbewussten, denkenden, politisch aktiven Arbeiter) die Notwendigkeit der Uewalzung willkommen begriffen hat und bereit ist ihre Todes wegen in den Tod zu gehen; die Arbeiter, die Vaterland zu richten,

z. B. 1. dass die herrschende Klasse sich nicht regieren will, - 2. Zweitens, dass die herrschenden Klassen eine Regierungskrise durchmachen, die sogar die rückständigen Massen in die Politik hineinzieht (das Merkmal einer jeden wirklichen Revolution ist die schnelle Verzehnfachung, ja sogar Verhundertfachung der zum politischen Kampf fähigen Vertreter und Werktätigen und ausgebluteten Massen, die bis dahin apatisch waren), die Regierung schwächt und den Revolutionären den schnellen Sturz der Regierung ermöglicht..... Sprunghafte Anwachsen der Selbsttätigkeit der geknechteten Massen während der Revolution (das war in allen grossen Revolutionen der Fall).....

Solange es sich darum handelt, die Vorhut des Proletariats für den Kommunismus zu gewinnen, solange tritt die Propaganda an die erste Stelle, sogar politische Zirkeln mit den ihnen eigenen Schätzchen sind hier nützlich und zeitigen wertvolle Ergebnisse.

Wenn es sich aber um die politische Aktion der Massen handelt, um den Aufmarsch - Wenn man so sagen darf - von Millionenmassen, um die Gruppierung aller Klassenkräfte der gegebenen Gesellschaft zum letzten und entscheidenden Kampf, so kann man mit propagandistischen Gewohnheiten allein, mit bloßer Wiederholung des "reinen" Kommunismus nicht ausreichen. Hier gilt es, nicht bis zu tausend zu zählen, wie es im Grunde genommen der Propagandist einer kleinen Gruppe tut, die noch keine Masse geführt hat, hier muss man mit Millionen und hunderten von Millionen rechnen. Hier muss man sich nicht nur fragen, ob man die Verkündung der revolutionären Klasse überzeugt hat, sondern auch, ob die historisch wirksamen Kräfte aller Klassen, unbedingt aller Klassen ohne Ausnahmen so gruppiert sind, so dass.....

1. alle unsfeindlichen Klassenkräfte genügend in Verwirrung geraten sind, alle diese Klassen miteinander in Fehde liegen, durch den Kampf der ihre Kräfte übersteigt, genügend geschwächt sind, das heisst, das Kleinbürgertum, die kleinbürgerliche Demokratie (die kleinbürgerlich "sozialistischen"/"kommunistischen" Parteien, der Verf.), zum Unterschied von der Bourgeoisie, vor dem Volk genügend entlarvt, durch ihren Bankrott in der Praxis genügend blosgestellt sind, Unterstüzt 3. am Proletariat die Stimmung der Massen zugunsten der Unterstützung der entschiedensten, kühnsten, revolutionären Aktionen gegen die Bourgeoisie umgeschlagen ist und immer machtiger wird.

Ist das der Fall, dann ist die Zeit reif für die Revolution, dann ist, wenn wir alle oben erwähnten, kurz charakterisierten Bedingungen n. i. c. h. t. i. g. einschätzen und den Augenblick richtig gewählt haben - - - unser Sieg sicher!".

C. Für den revolutionären Sieg notwendig die Mehrheit!

a) Für die Zuendeführung der bürgerlichen Revolution: diktatur...
L e n i n: "Wir wollen eine revolutionäre Dauer-diktatur... Einigermassen stabil (natürlich nicht unbedingt, sondern relativ) kann blos eine revolutionäre Diktatur sein, die sich auf die überwiegende Majorität des Volkes stützt" (Marz 1905)..... "zum Sieg der Revolution ist der Zusammenschluss der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung im Kampf um die Forderungen dieser Revolution notwendig. Diese überwiegende Mehrheit muss entweder ganz aus einer Klasse oder aus verschiedenen Klassen bestehen, die gewisse gemeinsame Aufgaben haben (Mai 1907)...."

b) Für den Sieg der proletarischen Revolution: die Klassen-Mehrheit, "Um die Macht an uns zu bringen, müssen die Klassenbewussten, Arbeiter die Mehrheit für sich gewinnen, solange die Gewalt über die Massen fehlt, gibt es keinen anderen Weg zur Macht. Wir sind nicht Blanquisten, nicht Anhänger der Machtübertragung durch die Minderheit. Die Klassenbewussten Arbeiter sind für die Allinherrschaft, die durch die Klarung des proletarischen Bewusstseins, die Befreiung vom Einfluss der Bourgeoisie und nicht durch läbteuer erreicht wird" (9.4.1917)..... "Blanquismus ist Machtübertragung durch die Minderheit, während diese Arbeiter, die direkte und unmittelbare Organisation der Mehrheit des Volkes sind" (Sommer 1917)..... "Die Mehrheit ist Märt der Klasse, der Vorhut der Revolution, der Vorhut des Volkes, die imstande ist, die Massen mit fortzusetzen, folgt uns."

Wir haben die Majorität des Volkes hinter uns" (Sept. 1917)...

"Leute, die imstande sind, so zu reden (die behaupten, wir hätten nicht die Mehrheit im Volk), sind entweder Verdreher der Wahrheit

oder Pedanten, die unter allen Umständen, ohne den realen Bedingungen der Revolution auch nur im geringsten Rechnung zu tragen, von vorneherein die Garantie bekommen möchten, dass die Partei der Bolschewiki im ganzen Land genau die Hälfte der Stimmen plus eine Stimme erhalten würden.

Derartige Garantie hat die Geschichte niemals und in keiner einzigen Revolution geboten, und sie ist absolut ausserstande sie zu bieten.

Eine derartige Forderung stellen, heisst die Leute zum Besten halten und die eigene Furcht vor der Wirklichkeit bemaneln..... Nein, jetzt daran zu zweifeln, dass die Majorität des Volkes dem Bolschewiki folgt und folgen wird, heisst schamhaft wanken und in Wirklichkeit alle Prinzipien der proletarischen Revolution über Bord werfen, heisst auf den Bolschewismus ganz und gar verzichten" (8. Okt. 1917, veröffentlicht 7. Nov. 1917).

Lenin in 1920: "Ohne eine Änderung der Mehrheit der Arbeiterklasse ist die Revolution unmöglich. Diese Änderung aber wird durch politische Erfahrung der Massen, niemals durch Propaganda allein erreicht"..... "Wir müssen der Mehrheit der Arbeiterklasse helfen

sich durch eigene Erfahrung zu überzeugen, dass wir recht haben"..... "Die Vorhut allein in den entscheidenden Kampf werfen, solange die ganze Klassen, slange die breiten Massen die Avantgarde nicht direkt unterstützen oder wenigstens eine wohlwollende Neutralität ihr gegenüber und eine absolute Unfähigkeit, ihren Gegner zu unterstützen, an den Tag gelegt haben - wäre nicht nur eine Dummheit, sondern auch ein Verbrechen".

Ein Verbrechen, dass die Stalinbürokratie bekanntlich sehr oft begangen hat.

Die isolierte Aktion der revolutionären Partei, die die grossen Massen nicht hinter sich hat, das ist nicht proletarische Revolution, das ist nicht proletarischer Aufstand, sondern das ist Putsch.

Der Marxismus-Leninismus verwirft die Putschaktik, also zum Beispiel auch die Taktik der stalinischen "roten" Tage.

Damit die proletarische Revolutionspartei den bewaffneten Aufstand unmittelbar auf die Tagesordnung stellen kann, müssen, neben den Bedingungen in den Reihen unserer Feinde (International und national), besonders und vor allem im Proletariat selbst und in den Mittelpunkten folgende Grundsbedingungen erfüllt sein:

erstens: Die proletarische Revolutionspartei muss den Grossteil der Arbeiterklasse, jedenfalls die klare Mehrheit der Arbeiterklasse hinter sich haben, so dass diese Mehrheit sich vollkommen ihrer Führung unterstellt, und im vollen Bewusstsein, dass es zum Kampf auf Tod und Leben geht nur zur Aufrichtung der proletarischen Diktatur - "Für den Aufstand braucht man die bewusste, feste und unbeugsame Entschlossenheit der Klassenbewussten Elemente; andererseits bedarf es der gefassten und verzweifelten Stimmung der breiten Massen, die fühlen, dass durch halbe Massnahmen nichts mehr zu retten ist" (Lenin) -; besonders die entscheidenden Schichten der Arbeiterklasse, ganz besonders das Proletariat in den entscheidenden wirtschaftlichen und politischen Knotenpunkten muss die Revolutionspartei in überwältigender Mehrheit auf Tod und Leben hinter sich haben; die Parteien der kleinbürgerlichen Demokratie, die kleinbürgerlich "Sozialistischen" ("Kommunistischen") Parteien müssen vor den grossen Arbeitermassen restlos entlarvt sein;

zweitens: Es muss ausserdem eine solche Lage herangereift sein, dass die Mittelpunkte in Dorf und Stadt die proletarische Revolutionspartei direkt unterstützen oder wenigstens eine wohlwollende Neutralität ihr gegenüber und die absolute Unfähigkeit an den Tag legen den Feind der Arbeiterklasse, die Bourgeoisie zu unterstützen.

Es gibt verschiedene Barometer, an denen die proletarische Klassenpartei messen kann, ob das Proletariat in seiner klaren Mehrheit sich vollkommen bewusst der Führung der proletarischen Revolutionspartei unterstellt.

Solche Barometer sind insbesondere Teilaktionen. Vor allem wenn die Arbeiter in immer wachsendem Maasse, in Streiks, Massenstreiks, ökonomische, politisch ökonomische Massenstreiks treten, und zwar immer klarer, unter Führung der proletarischen Klassenpartei, erneuerter und verstärkter, so dass sie die Arbeiterklasse in ihrer Masse zusammenhalten.

Die Betriebsratswahlen, Parlamentswahlen und vergleichende sind geeignete Barometer, besonders im Zusammenhang mit dem Bild, das die ausserparlamentarischen Massenaktionen zeigen.

Das wichtigste und deutlichste Barometer ist der Arbeiterrat.

Indem die proletarische Partei im Arbeiterrat wo sie offen vor den Massen ihre revolutionäre Politik, die Politik des bewaffneten Aufstands, vorstellt die Arbeiterhetz im Arbeiterrat erringt, die klare Mehrheit im Arbeiterrat tatsächlich erobert, hat sie den sichersten Beweis, dass die grosse Masse des Proletariats sich bewusst ihrer revolutionären Führung unterstellt.

Um die Eroberung der klarensicheren Mehrheit im Proletariat, besonders um die Eroberung der Mehrheit im Arbeiterrat, der die ganze Aufmerksamkeit der Millionenmassen auf sich lenkt, muss die proletarische Klassenpartei einen zähen, ausdauernden, geduldigen hartnäckigen Kampf führen. Wie überall so müssen die proletarischen Revolutionäre hier ganz besonders der Worte Lenins eingedenkt sein: "Ihren siegreichen Kampf gegen die parlamentarische (faktisch) bürgerliche Republik und gegen die Menschewiken haben die Bolschewiki sehr vorsichtig begonnen und keineswegs so einfach vorbereitet - entgegen den Auffassungen, die man jetzt in Europa und Amerika nicht selten antrifft. Ohne eine sehr vorsichtige gründliche, umsichtige und langwierige Vorbereitung, hätten wir weder den Sieg im Oktober 1917 erringen noch diesen Sieg behaupten können".

Arbeiterrat und Parlament können eine Zeitlang nebeneinander bestehen. Es entwickelt sich so ein System der Doppelherrschaft. Das Parlament ist der Stützpunkt der Bourgeoisie und ihrer kleinbürgerlich "sozialistischen" ("kommunistischen") Lakaien - im und um den Arbeiterrat sammelt sich immer mehr die Macht des revolutionären Proletariats. Es ist bei lesen, das sogar einige Wochen vor dem Sieg der Sowjetrepublik, ja sogar nach einem solchen Siege, die Beteiligung am bürgerlich-demokratischen Parlament, den revolutionären Proletariat nicht nur nicht schadet, sondern es ihm erleichtert, den rückständigen Massen zu beweisen, dass sie den Erfolg dieses Auseinanderjagens und die "politische Ueberwindung" des bürgerlichen Parlamentarismus erliefen. Diese Erfahrung nicht in Rechnung stellen und gleichzeitig auf die Zugehörigkeit zur kommunistischen internationale unspruch erheben, die einer fürchterlichen Taktik (keine enge, einseitige, nationale, sondern eine internationale Taktik) ausarbeiten muss, das heisst einen schweren Fehler begehen, das heisst eben in der Praxis vom Internationalismus abweichen und ihm nur in Worten anerkennen ("Lenin").

D. Die Revolution und Aufstand.

Der bewaffnete Aufstand ist nicht identisch mit der Revolution, er ist nur eine Etappe, die entscheidende Etappe der Revolution.

"Aufstand ist mit Volkurrevolution nicht zu verwechseln.

Eine Volkurrevolution kann nicht angesetzt werden, das ist richtig. Doch einen Aufstand ansetzen, falls wir ihn tatsächlich vorbereitet haben und falls ein Aufstand Kraft der stattgefundenen Umwälzungen in den gesellschaftlichen Beziehungen möglich ist - das ist eine durchaus realisierbare Sache. Ein Aufstand kann festgesetzt werden, wenn diejenigen, die ihn festsetzen, unter den Massen Einfluss genießen und richtig den Moment einzuschätzen wissen (Lenin, Februar 1905).

E. Die drei Grundlehren des bewaffneten Aufstands.

"Der Aufstand ist ebenso wie der Krieg eine Kunst (Engels)

"Der bewaffnete Aufstand ist eine besondere Form des politischen Kampfes, die besonderen Gesetzen unterliegt" (Lenin)

Die Kunst des Aufstandes verlangt von allem, dass Erfüllt folgender dreier Hauptregeln:

a) Never with the armed uprising play!

"Niemals mit dem Aufstand spielen, wenn er angefangen hat, genau wissen, dass man bis zum Ende gehemmt ist" (Lenin). Man darf nicht glauben, dass die revolutionäre bloße Lösung des

Man darf mit dem bewaffneten Aufstand nicht blos drohen. Man soll im Klassenkampf überhaupt nicht drohen, wenn dahinter nichts weiteres steht als der volle Ernst zur Tat steht - und auch die Kraft, die Tat zu verwirklichen. Furchtlosigkeit ist eine Tugend, die auch in der Kämpferseele Fort

Man soll sich an der Lösung des bewaffneten Aufstands nicht berauschen. Man darf nicht glauben, man könne ihn nach Belieben von Stäppel lassen, ohne Rücksichtnahme des Verhaltens der regulären Kräfte, ohne Rücksicht auf die eigene reale Kraft, ohne Rücksicht auf die reale Lage.

Man muss sich der vollen Tragweite des bewaffneten Aufstands bewusst sein. Man muss sich bewusst sein, dass die Niederlage im bewaffneten Aufstand eine Katastrophe für die Arbeitersklasse herbeiführt, die die günstigste revolutionäre Situation in ihr Gegen teil herauftreten kann und man muss trotzdem den bewaffneten Aufstand vorbereiten, bewusst wollen, vorbereiten, durchführen, als das einzige Mittel den wirklichen Entscheidenden Sieg herbeizuführen, über dies muss geschehen unter strengster und gründlichster Befolgung aller Forderungen der revolutionären Strategie und Taktik im allgemeinen und der Strategie und Taktik des bewaffneten Aufstands im besondaren.

Die österreichische Sozialdemokratie hat mit dem bewaffneten Aufstand gespielt. Sie hat mit ihm gedroht, sie vermeintet die Bourgeoisie damit einzuschüchtern. Sie hat die Bourgeoisie damit nur noch mehr gereizt, während hinter ihrer eigenen Drohung nicht der sozialdemokratische Ernst stand; denn sie dachte sich den Aufstand nicht als Mittel, die Bourgeoisie zu stürzen, sondern als Mittel, die Bourgeoisie zu und nicht als Koalition mit der SP zu zwingen. Das sozialdemokratische Spiel mit dem Aufstand musste zur Katastrophe führen: der Februar hat sie getroffen.

Die Stalinbürokratie hat hundertmal mit dem Aufstand gespielt; getrennt All die "roten" Tage waren ein unverantwortliches Spiel mit dem bewaffneten gespielten Aufstand. Der Kantorer Putsch (Dezember 1927) war lediglich freudhaftes Spiel mit dem bewaffneten Aufstand. Es war ein Aufstand, nachdem die ein freie chinesische Revolution, nachdem die KP Chinas - und zwar durch Sturmschaden des Stalinismus - niedergeschmettert worden war. Es war ein Aufstand, doch Schon einzig und allein zu dem Zweck, um das opportunistische Verbrechen der "Aufstand Stalinbürokratie, das zu dieser Niederlage geführt hatte, vor den Arbeitern und Kommunisten durch eine "kühne, revolutionäre Tat" zu verhüllen. So r. den erst wurde aus der grossen Niederlage die ungeheure Katastrophe, zu verhüllen.

b) Den richtigen Augenblick zum Losschlagen wählen!

Das gilt für jede Aktion, ganz besonders aber für den

"Mit dem Fortschreiten der Revolution ändert sich das Wechselverhältnis der Klassen in der Revolution" (Lehni). Je mehr sich derselbe aus dem revolutionären Prozess seinem akuten Stadium nähert, desto rascher geht die Umgruppierung der Klassenkräfte vor sich. Schliesslich verläuft dieser Prozess sprunghaft. Ein zu frühes Losschlagen kann die revolutionären Kräfte ausserordentlich schwächen, ja unter Umständen zur entscheidenden Niederlage führen. Ein zu spätes Losschlagen führt unvermeidlich zur entscheidenden Enttäuschung wachsender Massenteile, die immer weiter abflüten. Dieselben führen zu Massen, die die Revolutionspartei zur revolutionären Lösung drängen. Diese beginnen unvermeidlich, und zwar ziemlich schnell, der Revolution den Rücken zu kehren, wenn diese den entscheidenden Moment zum Handeln verpasst. Lehni.

So kehrten 1918/19 die Bauermassen in Oesterreich der SP den Rücken, als dieselbe in der entscheidenden Zeit des Umsturzes Oesterreich der SP "sozialistisch" schwätzte, statt sozialistisch zu handeln, als diese umsturz statt die Macht zu ergreifen, sie mit den kapitalistischen Ausbeutern als diese teilte und insbesondere der revolutionären Lösung der Agrarfrage aus dem Wege ging. Sie sind

Sc kehrte jene Teile der Mittelmassen, die nach der Enttäuschung durch die SPD ihre Hoffnung der KPD zugewendet hatten, dieser nach Wut in dem Oktober 1923 den Rücken und begannen sich dem Nationalsozialismus der nach zuzuwenden.

Als die KPD in der akuten Wirtschaftskrise 1929/32 durch ihre Bankenpolitik sich ausserstande erwies, die Millionenmassen zum revolutionären Kampf zu mobilisieren, zu führen und den verzweifelten Massen zu Mittelmassen jede Hoffnung auf die KP nahm, da wichen sich die Mittelmassen sturzflutartig dem Faschismus in die Arme. Da im, da wichen sich die Mittel-

Der richtige, entscheidende Moment für den bewaffneten Aufstand ist der Augenblick, in dem die Umgruppierung der Klassenkräfte das für das revolutionäre Proletariat günstigste Kraftverhältnis erreicht hat.

Dazu gehört besonders, dass die Revolutionspartei in den Hauptpunkten des wirtschaftlichen und politischen Lebens, besonders also in den Hauptstädten eine gewaltige Überlegenheit hat. "Man muss ein bedeutendes Hauptkraftübergewicht sammeln an entscheidenden Orten, im entscheidenden Moment, denn sonst wird der Feind der über bessere Vorbereitung und Organisation verfügt, die Aufständischen vernichten" (Lenin).

Selbstverständlich muss die Revolutionspartei den bewaffneten Aufstand vorbereiten auch durch planmässige revolutionäre Propaganda und Agitation unter den Soldaten, um das kapitalistische Heer möglichst zu zersetzen, die Soldaten mit Sympathien für die proletarische Revolution erfüllen und möglichst grosse Teile auf die Seite der Revolution zu ziehen.

Den für den revolutionären Entscheidungsstoß günstigen Augenblick im voraus auf verhältnismässig längere Sicht - das ist unumgänglich nötig - richtig zu berechnen, ist eine der wichtigsten Forderungen der Strategie und Taktik des bewaffneten Aufstands, ist eine der höchsten Leistungen der revolutionären Kunst des bewaffneten Aufstands. "Man muss suchen, den Feind zu überrumeln und den Moment zu packen, solange seine Truppen zerstreut sind" (Lenin). "Der Aufstand muss möglichst gleichzeitig an allen Orten vor sich gehen" (Lenin).

o) Angriff, Angriff und nochmals Angriff!

Das ist eine Grundforderung des bewaffneten Aufstands. Denn durch den Angriff reisst der bewaffnete Aufstand die Massen, immer grössere Massen an, in die Schlagung mit zum entscheidenden Kampf und mit den Massen und nur mit den Massen siegt der bewaffnete Aufstand.

"Die Defensive ist der Tod des bewaffneten Aufstands" (Marx). "Die Hauptrule dieser Kunst: die tollkühne, unerschütterlich entschlossene Offensive: Angriff um jeden Preis!" (Lenin). "Hat der Aufstand einmal begonnen, so muss man mit der grössten Entschlossenheit handeln und unabänderlich und bedingungslos zur Offensive übergehen". "Man muss dann nach streben, täglich irgendwelche kleinen Erfolge zu erzielen (man könnte sagen stündlich, wenn es sich um eine einzelne Stadt handelt) und um jeden Preis das 'moralische Übergewicht' aufrecht erhalten. Marx rekapitulierte die Lehren aller Revolutionen hinsichtlich des bewaffneten Aufstands mit den Worten des 'grössten Meisters der revolutionären Taktik in der Geschichte', Danton: 'Kühnheit, Kühnheit und nochmals Kühnheit!'" (Lenin).

Die Verteidigung ist der Tod des bewaffneten Aufstands. Die Feberniederlage hat das neuerlich bewiesen. Man darf jedoch nicht glauben, dass das defensive Verhalten der sozialdemokratischen Schutzbundführer (Bauer und Deutsch) im Februar 1934 ein rein militärischer Fehler war. Vielmehr hatte dieser "Fehler" seine tiefste Wurzel in der Koalitionsgrundeinstellung der Bauer, Deutsch & Co. Sie dachten sich die Februaraktion, nachdem sie einmal losgegangen war, keineswegs als Mittel die Bourgeoisie zu stürzen, sondern nur als starkstes Druckmittel, um die Bourgeoisie "zur Vernunft" zu zwingen, das ist - zur Koalition mit der SP.

F. Die Frage der Bewaffnung.

"Der Aufstand kann nur siegen als bewaffneter Aufstand. Wie aber die Massen bewaffnen? Die Massen!"

Vor dem Aufstand ist das untraglich. Die Massen müssen in und durch den Aufstand bewaffnet werden. Es ist die erste Grundaufgabe des Aufstands, die Massen zu bewaffnen.

Selbstverständlich muss die Revolutionspartei schon vorher möglichst viele Waffen beschaffen, selbstverständlich muss sie schon vorher einen möglichst starken bewaffneten revolutionären Stosstrupp aufstellen, der den Massen das Eindringen, Vordringen, den Sieg erleichtern, die Massenopfer vermindern soll.

So wichtig die Bedeutung der Waffenvorbereitungen, so gewaltig die Bedeutung des bewaffneten revolutionären Stosstrupps, die Entscheidung des bewaffneten Aufstands, der wirklich zu gunsten der proletarischen Revolution geführt wird, liegt bei den Massen.

9

"Die Entwicklung des Bewusstseins der Massen bleibt unter allen Umständen die Basis und der Hauptinhalt unserer ganzen Aktion. Doch wollen wir nicht vergessen, dass zu dieser allgemeinen, ständigen Aufgabe durch solche Momente, wie sie Russland jetzt erlebt, (die Kämpfe der Partisanen, der Werft), besondere spezifische Aufgaben hinzukommen (Lenin, 1906 im August). Wie die Massen zu erarbeiten.

Es gibt Revolutionäre, die glauben, das Wichtigste, entscheidendste ausschlaggebende für das Gelingen des Aufstands seien die Waffen.

Die Hamburger Kommunisten haben 1923 vier Tage lang wunderbar gekämpft, sie waren militärisch gut ausgerüstet und vorzüglich geschult und hatten die vollen (allerdings nicht aktiven) Sympathien der Massen hinter sich: sie sind unterlegen.

Der Schutzbund war 1934 noch viel besser ausgerüstet, er war militärisch verhältnismässig gut geschult, er hatte die vollen (ebenfalls nicht aktiven) Sympathien der Massen: er ist unterlegen.

Die Frage des Verhältnisses von Waffen und Massen muss mit aller Schärfe gestellt und klar beantwortet werden. Beide sind für den Sieg ausserordentlich wichtig. Doch wo liegt das Schwergewicht, bei den Massen oder bei den Waffen?

Selbst eine nach vielen Tausenden, ja zehntausendenzählende, gut bewaffnete und gut geschulte proletarischrevolutionäre Truppe kann gegen die kapitalistische Klassenmacht im Aufstand nicht siegen ohne die aktive Unterstützung durch die Massen. Die Februarckämpfe in Oesterreich haben das neuerlich bewiesen. Die Entscheidung des bewaffneten Aufstands liegt bei den Massen!

So wichtig die militärische Vorbereitung, ausschlaggebend für die militärische Entscheidung, ist die politische Vorbereitung des Aufstands. Das heisst: die proletarische Klassenpartei muss tatsächlich die Millionenmassen zum Entscheidungskampf in Schwung setzen. Gelingt das, erheben sich gleichzeitig oder blitzschnell hintereinander springflutartig die Millionenmassen, dann zerreissen sie ebendadurch an so und so vielen Stellen das eiserne Netz des kapitalistischen Klassenapparates, bewaffnen sich an diesen Stellen mit den dem Feind abgenommenen Waffen und dringen bewaffnet gegen die anderen Stellen vor, den Feind niederringend.

Es klingt überspitzt und ist doch wahr: die Millionenmassen, selbst wenn sie ohne Waffen aufstehen, können sich durch und in der revolutionären Massenaktion bewaffnen, wenn es gelingt, sie im richtigen Augenblick springflutartig zur Erhebung zu bringen.

Selbstverständlich würde das die ungeheuersten Opfer kosten. Gerade um diese Opfer zu verringern, um den Massen den Kampf zu erleichtern, um sie eben dadurch in ihrer Riesenmasse zum aktiven Vorgehen vorwärts zu reißen, um ihnen Bahn zu brechen, um ihnen die ersten Brechschon zu schlagen, da zu ist der revolutionäre Stosstrupp (der Schutzbund) von allergrösster Bedeutung, da ist seine Aufgabe. Der Schwerpunkt des bewaffneten Aufstands bleibt trotz alledem bei den Massen. (Das zeigen auch die Kämpfe 1936 in Spanien. Nicht an Waffen fehlt es, aber dadurch, dass die Caballeroregierung mit ihrer linksbürgerlichen Politik die Agrarrevolution nicht will, kommen die Millionenmassen in den Dörfern nicht in Schwung.)

Die Massen sind unersetztbar: sie sind nicht zu ersetzen durch Waffen, nicht zu ersetzen durch die grösste Kühnheit des revolutionären Stosstrupps. Vielmehr muss all dies zusammenwirken, um den Sieg zu erringen, wobei immer der Schwerpunkt liegt, bei den Massen.

Nicht nur im revolutionären Krieg, sondern auch im Bürgerkrieg, auch im bewaffneten Aufstand ist ausschlaggebend die Masse, die Politik. Der militärische Faktor, so gewaltig seine Bedeutung, muss ein Gehilfe der revolutionären Politik sein und bleiben.

Die revolutionär-militärische Führung muss der revolutionär-politischen Führung immer untergeordnet bleiben, wobei jener immer eine mehr oder weniger grosse Eigenbeweglichkeit gewahrt bleiben muss. Aus dies folgt, dass die wichtigste Vorbereitung für den bewaffneten Aufstand heute ist, die Herausbildung der proletarischen Klassenpartei, Klasseninternationale.

Wir haben an anderer Stelle bereits gezeigt, dass es der SP(RS) und der Stalinpartei vermöge ihrer kleinbürgerlichen Grundlinie nicht um den proletarischen Aufstand zu tun ist, sondern höchstens um den kleinbürgerlichen Aufstand, und das Ausnutzen der revolutionären Massenaktionen der Arbeiter für kleinbürgerliche Zwecke.

Die organisierten proletarischen Revolutionäre müssen daher einen beharrlichen Kampf unter anderem auch darum führen, der proletarischmilitarischen Einheitsfrontorganisation eine proletarischeschrevolutionäre Führung zu eindringen.

Das Überschätzen der Waffen im Verhältnis zu den Massen führt manchmal zu einem verhängnisvollen Fehler nämlich zum Bezahlen der Waffen mit grundsätzlichen Zugeständnissen. SP(RS) und Stalinpartei sind vermöge ihrer Mittel und beziehungen leicht in der Lage Waffen zu beschaffen. Manche revolutionär gestimmte Arbeiter, die Waffen für die Hauptfahrt sache haltend, bleiben im dassentwillen in der Parteorganisation, im Gefolge der SP(RS), der Stalinbürokratie; sie "überspringen" die Tatsache, dass die Waffen in der Hand der SP(RS) nur dem Kampf um die Koalition in der Hand der Stalinbürokratie nur der rein russisch-national orientierten Politik dienen, in keinem Falle der proletarischen Revolution, dem Kampf um die proletarische Diktatur. Man darf den kleibürgerlich "sozialistischen" ("Kommunistischen") Parteien keine principiellen Zugeständnisse machen, auch nicht um der Waffen willen. Man muss diese Parteien vermehr unter wachsenden Massendruck setzen, je mehr man die Arbeiter auf die Seite der proletarischen Revolution, der proletarischen Klassenpartei zieht, desto mehr zwingt man SP(RS)/Stalinpartei, ihr Glück bei den Arbeitern mit dem Koffer der Waffen zu versuchen. So und nur so muss der Kampf dafür geführt werden, Waffen von der SP(RS)/Stalinpartei zu bekommen, und nicht mittels principieller Konzessionen. Die proletarischrevolutionären Grundsätze dürfen selbst um den Preis von Waffen nicht preisgegeben werden, sonst kehren sich solche Waffen letzten Endes gegen die Arbeiterklasse, gegen die Arbeiterevolution.

Die Trennung der "technischen" Seite der Revolution (der Waffenbeschaffung, der militärischen Schulung des Stosstrupps usw; der Verf.) von der politischen Seite ist der grösste Humbug, sagt Lenin. Ebenso ist die Trennung der politischen Seite der Revolution von der "technischen", der grösste Humbug. Beides muss Hand in Hand betrieben werden, wobei der Schwerpunkt immer liegt und liegen muss bei der politischen Seite. Alle nur militärische Einstellung ist falsch; ebenso falsch ist aber auch eine revolutionäre Politik, die die revolutionarmilitärische Seite vernachlässigt.

Je mehr sich die Revolution der entscheidenden Phase nähert, desto grössere Bedeutung gewinnt der Kampf um Heer und Flotte. In diesem Kampf werden im vorbereitenden Stadium alle Mittel der revolutionären Masseneroberung angewendet (siehe elftes Kapitel). Letzten Endes aber muss dazu auch der physische Kampf um die Truppen kommen. "Wir haben die Ideologische "Bearbeitung" der Armee vorbereitet und werden sie noch energischer vorbereiten, aber wir wären klägliche Pedanten, falls wir vergessen, dass im Moment des Aufstands auch der physische Kampf um die Truppen von Nöten ist" (Lenin, 1906 im August).

G. Aufstand und Bürgerkrieg.

Gelingt der proletarische Aufstand, so siegt er im ersten Anlauf zunächst nur an einigen Punkten. Von da aus geht der Kampf, sich immer mehr verbreitend und vertiefend, weiter. Er wird zum Bürgerkrieg. "Jede moralische Verurteilung des Bürgerkrieges ist vom Standpunkt des Marxismus unzulässig" (Lenin).

H. Die Frage des Terrors.

Individueller Terror: Nein! --- Massenterror, Terror durch revolutionäre Massenaktionen; Terror im Zusammenhang mit der revolutionären Massenaktion: Ja! Das ist der Standpunkt der proletarischen Revolutionäre in dieser Frage. Nach dem Februar, als viele der entschlossensten proletarischen Kämpfer der Verirrung des individuellen Terrors verfielen, haben SP(RS) und Stalinpartei diese Abirrung unterstützt, um sich den Schein einer revolutionären Einstellung zu geben. Sie haben damit die Katastrophe nur vertieft. Die vielen Opfer, die diese falsche Taktik zur Folge hatte, waren vergeblich erbracht. In seiner Auswirkung hat das die Arbeiterschaft noch tiefer gedrückt, ihre Wiedererhebung erschwert. Den beiden Verratsparteien war eben die Hauptsache, trotz der durch ihre verräterische Politik herbeigeführte Katastrophe, um jeden Preis an den Schössen der von ihnen verratenen Arbeitersassen,

111

eingehackt zu bleiben, die Führung über sie zu behaupten, sei es auch um den Preis weiteten Verrates ebenderselben Massen. (Nachdem die Arbeiter durch die Erfahrung und die Hilfe der proletarischen Revolutionären Fehler erkannt haben, schieben SP(RS)/KP die Schuld an dieser Abirrung in die Schuhe - der Arbeitermassen....).

August 1906: "Diese Taktik war die Taktik des Partisanenkrieges. Die Organisation, die von dieser Taktik bedingt war, waren die ~~kleinen~~ und ganz kleinen Truppenformationen: Zehnergruppen, Dreiergruppen, sogar Paare.... Wir dürfen die Augen nicht verschliessen vor der neuen Frage der Taktik und Organisation, wie sie der St strassenkampf bei der modernen Kriegstechnik notwendig macht.... Moskau hat ihn aufgezeigt, aber nicht weiter entwickelt, nicht im genügend weitgehenden Massstab entfaltet. Es gab wenig Kampfgruppen, die Arbeitermasse hatte die Lösung kühner Angriffe nicht erhalten und nicht angewendet, der Charakter der Partisanengruppen war allzu eintönig in Waffen und Methoden eintönig, ihre Fähigkeit, die Menge zu leiten unentwickelt. Wir müssen all das nachholen und wir werden es nachholen, wenn wir aus der Erfahrung Moskaus lernen, wenn wir diese Erfahrungen in den Massen verbreiten und die schopferische Kraft der Massen selbst zur Weiterentwicklung dieser Erfahrungen aufrufen. Dann wird der Partisanenkrieg, der ~~Massen~~ Massenterror, der in Russland überall seit dem Dezember (1905; Verf.) fast ununterbrochen vor sich geht, uns unzweifelhaft helfen, den Massen die richtige Taktik im Moment des Aufstandes beizubringen. Die proletarische Revolutionspartei muss diesen Massen-terror anerkennen und ihn in ihre Taktik aufnehmen; muss ihn freilich organisieren und kontrollieren, ihn den Interessen und Bedingungen der Arbeitersbewegung und des allgemeinen revolutionären Kampfes unterordnen und jene Lumpenproletarische Einstellung dieses Partisanenkrieges, ~~unter~~ von sich weisen, mit der so glänzend und so erbarmungslos die Moskauer fertig wurden in den Tagen des Aufstands und die Letten in den Tagen der berichtigten lettischen Republik..... Die Entwicklung des Bewusstseins der Massen bleibt unter allen Umständen die Basis und der Hauptinhalt unserer ganzen Arbeit. Doch wollen wir nicht vergessen, dass zu dieser allgemeinen ständigen Grundaufgabe durch solche Momente, wie sie Russland jetzt erlebt, besondere spezifische Aufgaben hinzukommen".

September 1906: "Der Partisanenkampf ist die unvermeidliche Form des Kampfes zu einer Zeit, da die Massen im der Tat bereits den Aufstand erreicht haben, und zwischen den "grossen Schlachten" im Bürgerkrieg mehr oder minder lange Zeitspannen eintreten. Nicht die Partisanenaktionen desorganisieren die Bewegung, sondern die Schwäche der Partei, die es nicht versteht, diese Aktionen zu leiten.... Nicht der Partisanenkrieg wirkt demoralisierend, sondern die Unorganisiertheit, Unordentlichkeit, Parteilosigkeit der Partisanen..... Krieg führen will erlernt werden.... Man sagt: der Partisanenkrieg nahezt das Klassenbewusste Proletariat dem tiefgesunkenen, trunksüchtigen Lumpenproletariat. Das stimmt. Aber daraus folgt ja blos, dass die Partei des Proletariats den Partisanenkrieg niemals für das einzige oder gar wichtigste Mittel des Kampfes halten darf. Dass dieses Mittel anderen untergeordnet, den Hauptmitteln des Kampfes angepasst, durch den klarenden und organisatorischen Einfluss des Sozialismus geadelt werden muss.... Es ist vollkommen natürlich und unvermeidlich, dass der Aufstand die höheren und komplizierteren Formen eines anhaltenden, das ganze Land erfassenden Bürgerkrieges, das heisst des bewaffneten Kampfes zwischen zwei Teilen des Volkes annimmt. Ein solcher Krieg ist nicht anders zu denken als eine Reihe weniger, durch verhältnismässig grosse Zeitspannen getrennter grosser Schlachten und eine Unmenge kleiner Zusammenstösse während dieser Zeiten. Daudem so ist - und es ist so - so muss die proletarische Revolutionspartei sich unbedingt zur Aufgabe machen, solche Organisationen zu schaffen, die am fähigsten sind die Massen zu lenken, sowohl in den grossen Schlachten, als womöglich auch bei den kleinen Zusammenstösse. Sie muss sich in der Periode dess zum Bürgerkrieg zugespitzten Klassenkampfes nicht allein die Anteilnahme, sondern auch die f i e n d e Rolle in diesem Bürgerkrieg zur Aufgabe machen. Sie hat ihre Organisationen zu erziehen und vorzubereiten, dass sie in der Tat als Kriegsführende Partei auftreten, die keine Gelegenheit versäumt, um den Kräften des Feindes Abbruch zu tun".

In Verbindung mit dem Aufstand sind die Partisanenaktionen Massenterror, sagt Lenin an anderer Stelle desselben Artikels. Ohne Verbindung mit den Aufgaben des Aufstands, unkontrolliert, ungeleitet von der proletarischen Revolutionspartei entarten die Partisanenaktionen, wirken sie zersetzend, desorganisierend, demoralisierend.

Lenin vor dem Oktoberaufstand 1917: "Aufstand vorbereiten, auch mit Hilfe von Partisanenaktionen..... Dann muss man den Bürgerkrieg proklamieren und als fort dauernd betrachten, wobei die gesamte Tätigkeit der Partei dem Prinzip untergeordnet werden muss: *à la guerre comme la guerre*" (Im Krieg muss man kriegsmässig handeln!)

Lenin 1920: "Der Bolschewismus hat bei seiner Entstehung im Jahre 1903 die Traditionen des schonungslosen Kampfes gegen den kleinbürgerlichen, halbanarchistischen (oder mit dem Anarchismus liebgehrten) Radikalismus übernommen. Traditionen, die stets in der revolutionären Sozialdemokratie vorhanden waren und sich bei uns in den Jahren 1900 - 1903, als Fundament der Massenpartei des revolutionären Proletariats in Russland gelegt wurde, besonders einwurzelten. Der Bolschewismus übernahm den Kampf gegen die Partei, die am meisten die Tendenzen des kleinbürgerlichen Radikalismus verkörperte, nämlich gegen die Partei der "Sozialrevolutionären" (der russischen "Revolutionären Sozialisten"; der Verf.) und setzte diesen Kampf in drei Hauptpunkten fort. Erstens wollte (oder richtiger: konnte) diese Partei, die den Marxismus ablehnte, durchaus nicht begreifen, dass man die Klassenkräfte und ihre Wechselbeziehungen vor jeder politischen Aktion streng objektiv abwägen muss. Zweitens hielt sich diese Partei für besonders "revolutionär" oder "radikal", weil sie für den individuellen Terror und Attentate war, was die Marxisten entschieden ablehnten. Die Leute aber, die es fertig brachten, den Terror der grossen französischen Revolution oder überhaupt den Terror der siegreichen und von der ganzen Welt eingekreisten Revolutionspartei "prinzipiell" zu verurteilen, diese Leute hat bereits Plechanow in den Jahren 1900 - 1903, als er Marxist und Revolutionär war, dem Spott und der Verachtung preisgegeben".

J. K. Waffneter Aufstand und aussenpolitische Lage

Wie immer die aussenpolitische Lage, die proletarischrevolutionäre Politik muss immer auf den proletarischen Aufstand ausgerichtet sein.

Etwas anderes ist die Frage des für das Losschlagen günstigsten Zeitpunktes. Bei der Berechnung des Zeitpunktes für das Losschlagen muss die proletarische Klassenpartei selbstverständlich auch die aussenpolitische Lage, die aussenpolitische Perspektive in Rechnung stellen.

K. Das Ziel des bewaffneten Aufstands.

"Die Frage der Staatsmacht ist die grundsätzliche Frage jeder Revolution" (Lenin). Daraus folgt:

Das Ziel des bewaffneten Aufstands ist die Zertrümmerung der kapitalistischen Staatsmaschine, die Aufrichtung der proletarischen Diktatur; also vor allem die Sicherung der Möglichkeit, der Zeit zum Aufbau des proletarischen Staatsapparates, dann erst dadurch gewinnt das von seiner Klassenpartei geführte Proletariat die tatsächliche Möglichkeit und Zeit, die gigantische Aufgabe der Liquidierung der kapitalistischen Wirtschaft, die Überleitung in die sozialistische Wirtschaft und Gesellschaft in Angriff zu nehmen.

Mitten im Aufstand schon muss begonnen werden: die Organisierung der Roten Armee, der Roten Polizei, der Roten Gendarmerie, des Roten Nachrichtendienstes, des Roten Geheimdienstes, der Roten Justiz. Zugleich muss auch die Bildung eines Roten Verwaltungsapparates in Angriff genommen werden.

Der Arbeiterrat ersteht in der Regel schon vor dem Aufstand. Die Revolutionspartei erobert darin die Führung; er wird zum Hauptinstrument womit sie die Millionenmassen zum Aufstand mobilisiert. Nötigenfalls muss der Arbeiterrat mitten im Aufstand aufgebaut werden. In diesem Stadium und bis zur ausreichenden Sicherung der proletarischen Macht sind vom Wählen und Gewählt werden in den Arbeiterrat alle diejenigen ausgeschlossen, die Arbeiter, Angestellte ausbeuten.

B. Das Aktionsprogramm des bewaffneten Aufstands.

Die proletarische Klassenpartei muss mit einem klaren Aktionsprogramm in den bewaffneten Aufstand gehen. Selbstverständlich muss dieses der bestimmten Situation angepasst sein. Seine drei Kardinalpunkte sind:

a) Die sofortige entschädigungslose Enteignung der grosskapitalistischen Betriebe. Alle Banken, alle grosskapitalistischen Betriebe der Industrie, des Handels und Verkehrs übernimmt die Arbeiterklasse sofort durch den - proletarischen - Staat in ihr Eigentum, in ihre Verfügung, den Außenhandel durch den proletarischen Staat monopolisierend. (Derartige Massnahmen, vom kapitalistischen Staat durchgeführt, als Sozialismus oder als Übergang dazu, ausgeben, wie das SP/RS-KP tun, ist eine der grössten Schwindelerien; in Wirklichkeit wird der kapitalistische Staat durch Verstaatlichung gestärkt / Staatskapitalismus/).

b) Die sofortige entschädigungslose Enteignung aller Grossgrundbesitzer und Grossbauern, der Kirche inbegriffen, Übergang des Eigentums an den proletarischen Staat. Sofortige entschädigungslose Aufteilung des enteigneten Bodens samt Inventar auf Halbproletarier, Kleinbauern, selbstverständlich auch auf diejenigen Landarbeiter, die dadurch ihre Arbeitsstelle verloren hätten. Der Umgang der einzelnen Siedlung wird von staatswegen geregelt. Festlegung der Bedingungen für das Besitz- und Nutzungsrecht durch die örtlichen und bezirklichen Arbeiter- und Bauernräte im Rahmen der Gesetze.

Ausgenommen von der Aufteilung sind nur die Forste, ferner alle besonders geeignete landwirtschaftliche Grossbetriebe, die als grosse staatliche Musterwirtschaften eingerichtet werden, um den späteren Übergang zur landwirtschaftlichen Kollektivierung zu erleichtern.

Die proletarische Klassenpartei ist sich darüber klar, "dass das System der Kleinwirtschaft unter der Herrschaft der Warenproduktion nicht imstande ist, die Menschheit von Not und Knöchenschaft zu befreien" (Lenin). Trotz der mit dieser Zersplitterung des Bodens verbundenen Produktionsnachteile, die erst die spätere Kollektivierung der überwinden wird, ist diese Aufteilung unumgänglich notwendig, um die armen Bauernmassen mit der proletarischen Revolution, mit der Diktatur der Arbeiterklasse auf Tod und Leben zu verbinden.

In dieser wie in jeder anderen Frage stellt die proletarische Klassenpartei die Machtfrage allen anderen Fragen unbedingt voran, (auch den ökonomischen!). Die unentgeltliche Abgabe des enteigneten Bodens ist unumgänglich notwendig, weil erst durch diese Tat die grosse Masse der armen Bauern wirklich auf die Seite der proletarischen Revolution gezogen wird, weil erst durch das Gewicht dieser Tatsache, die Mittelbauern - ihr Grundbesitz bleibt unangetastet - wirklich neutralisiert werden können. Die ökonomischen Rücksichten, der unzweifelbaren Tatsache der Machtfrage voranstellen, dass der Boden, wenn er nicht aufgeteilt, sondern zentralisiert würde, bei weitem grösseren Ertrag böte, heisst den Sieg der Revolution aufs Spiel setzen, zeugt von undialektischem Denken. Ohne die entschädigungslose Landaufteilung könnte der proletarische Aufstand, der ja im ersten Anlauf nur in gewissen Gebietsteilen siegt, nicht zum Sieg auf dem ganzen Gebiet führen, könnte der proletarische Sieg nicht behauptet werden.

Der mit der Bodenaufteilung unvermeidlich verbundene Nachteil (vorübergehende Verminderung der landwirtschaftlichen Gesamtproduktion, infolgedessen schwächere Belieferung der städtischen Volksmassen mit Nahrungsmittel, hohe Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, Teuerung der Nahrungsmittel) muss in Kauf genommen werden und wird erst später durch g e d u l d i g e planmässige Agrarpolitik des proletarischen Staates überwunden.

Eine der Hauptursachen der Niederlage der ungarischen Revolution 1919 war, dass sie den Boden nicht aufteilte, sondern nur verstaatlichte. Anarchistische Elemente in Spanien drängen heute (Sept. 1936) nach derselben falschen Lösung. Die kleinbürgerliche SP/KP, gänzlich im Bann der Linksbourgeoisie, wollen nicht nur keine Aufteilung, sondern nicht einmal die Enteignung.

c) Vor allem die vollkommene Zertrümmerung der kapitalistischen Staatsmaschine, der Aufbau des proletarischen Staatsapparates.

Das Aktionsprogramm des bewaffneten Aufstands umfasst die wichtigsten nächsten Aufgaben der proletarischen Diktatur. Je nach der Verschiedenheit der einzelnen Länder wird es selbstverständlich verschieden sein. In Österreich könnte es heute folgenden Inhalt haben: Nach der Verschaffung der sozialen Basis wird es selbstverständlich verschieden sein.

4.) Auf allgemein politischem Gebiet: Maßnahmen:

I. Der Arbeiter- und Bauernrat:

1. Der Arbeiter- und Bauernrat tritt an die Stelle des bürgerlichen Parlaments. Er ist das höchste Organ im proletarischen Staat.

2. Wahlberechtigt sind und gewählt werden können alle Arbeiter, Beamte (Angestellte, Beamte, Soldaten, Arbeitslose), Halbproletarier, Farmer, Kleinbauern und Kleinbürger, die nur mit ihrer und ihren Familienglieder Kraft arbeiten, also keine Lohnarbeiter (Knechte, Mägde) ausbeuten, sowie adlige, Klein- die im Haushalt all dieser Personen tätig sind, und zwar in allen Fällen Kraft ohne Unterschied des Geschlechtes, der Abstammung, der Religion, der Nationalität und der Rasse.

3. Gewählt wird aus den Betrieben, Kasernen, Arbeitslosenzählstellen, ansonsten in Täglicher Zusammenfassung.

4. Jeder Delegierte eines Arbeiter- und Bauernrates kann von seinen Anhängern, seinen Wählern jederzeit abberufen und durch einen anderen Delegierten ersetzt werden.

5. Räteorganisation. Die Räte werden staffelweise von unten nach oben gewählt. Die niedere Räteorganisation ist an die Beschlüsse der höheren Räteorganisation gebunden. Aufhebung der inneren Landesgrenzen, Schaffung von Kreisen nach wirtschaftlichen, politischen, militärischen Gesichtspunkten.

In jedem Ort wählen die Arbeiter-Arbeiteräte, die Kleinbürger wählen Kleinbürgeräte. Arbeiteräte und Kleinbürgeräte zusammen bilden den Ortsarbeiterrat (Stadtarbeiterrat in Wien; Bezirksarbeiterrat). In den Dörfern wählen die Wahlberechtigten, Arbeiteräte beziehungsweise Kleinbauernräte, die zusammen den Dorfarbeiter- und Bauernrat bilden.

Die Orts- und Dorf-Arbeiter- und Bauernräte eines Bezirkes wählen aus ihrer Mitte die Delegierten zum Bezirks-Arbeiter- und Bauernrat (in Wien: Kreis-Arbeiter- und Bauernrat).

Die Bezirks-Arbeiter- und Bauernräte wählen aus ihrer Mitte die Delegierten zum Kreis-Arbeiter- und Bauernrat.

Die Kreis-Arbeiter- und Bauernräte wählen aus ihrer Mitte den Reichs-Arbeiter- und Bauernrat.

Der Wahlschlüssel wird für alle Räte einheitlich nach der Zahl der Wahlberechtigten geregelt.

Die Orts-, Stadt-, Bezirks-, Kreis-Arbeiter- und Bauernräte wählen aus ihrer Mitte Vollzugsausschüsse (Dorf-, Orts-, Stadt-, Bezirks-, Kreisausschuss).

6.) Der Reichs-Arbeiter- und Bauernrat wählt:

a) aus seiner Mitte ein Präsidium: dieses beruft den Reichs-Arbeiter- und Bauernrat ein und leitet seine Geschäfte; die Einberufung muss erfolgen, wenn ein Drittel der Mitglieder des Reichs-Arbeiter- und Bauernrates es verlangt.

b) die Regierung. Diese besteht aus dem Regierungschef sowie aus den Volkskommissären für Ausseres; Heer; Inneres; Justiz; Wirtschaft (Statistik eingegliedert); Finanzen (Bank- und Geldwesen, Staatsbudget); Volksbildung, Kunst und Propaganda; Dem Volkskommissär für Wirtschaft unterstehen die Staatssekretäre für Industrie, Landwirtschaft, Handel, Verkehr, Volksgesundheit und Sozialfürsorge.

Die Regierung ist dem Reichs-Arbeiter- und Bauernrat verantwortlich, sie muss vom Vertrauen der Mehrheit des Reichs-Arbeiter- und Bauernrates getragen sein. Erklärt sich diese Mehrheit gegen die Regierung, so tritt diese an deren Stelle die neu vom Reichs-Arbeiter- und Bauernrat gewählte Regierung.

c) den Staatspräsidenten. Dieser hat lediglich repräsentative Funktionen: er repräsentiert den Staat nach innen und aussen.

d) das zentrale Schutzbundkommando. Dieses setzt die höheren Schutzbundkommandanten ein bis zur Brigade eingeschlossen. Das zentrale Schutzbundkommando und die höheren Schutzbundkommandanten dürfen dem Stand der Roten Armee, Polizei, Gendarmerie usw. überhaupt nicht dem

staatlichen oder wirtschaftlichen Apparat angehören.

7. Der Reichs-Arbeiter-und Bauernrat entscheidet über Krieg und Frieden, schliesst Staatsverträge ab, beschliesst über Steuern und Anleihen sowie über das Budget. Er beschliesst die Gesetze und kontrolliert nach jeder Richtung hin die gesamte Verwaltung.

8. Allgemeine Neuwahl des Reichs-Arbeiter-und Bauernrates alle drei Jahre.

II. Die Bewaffnung der Arbeiterschaft.

Zum Schutze der proletarischen Diktatur gegen jede konterrevolutionäre Erhebung, zum Schutze der demokratischen Rechte der Arbeiter in Betrieb, Gewerkschaft, Genossenschaft usw., in Partei und Staat, gegen bürokratische oder gar persönliche Usurpation, wie das die Stalin-bürokratie mit Stalin an der Spitze verbrecherisch getan, wird die Bewaffnung der Arbeiterschaft wie folgt organisiert:

1. In erster Linie sind alle Kommunisten bewaffnet.

2. Darüber hinaus wird der Schutzbund wie folgt ausgebaut: er umfasst alle waffenfähigen Arbeiter und Arbeiterinnen, die fest zur proletarischen Diktatur, zur proletarischen Demokratie stehen.

3. Alle Kommandostellen bis zum Regiment inbegriffen werden von den Schutzbündlern gewählt. Die leitenden Kommandostellen von der Brigade aufwärts und das zentrale Schutzbundkommando werden vom Reichs-Arbeiter-und Bauernrat gewählt und dürfen dem Stand der Roten Armee, Polizei, Gendarmerie usw. überhaupt nicht dem staatlichen oder wirtschaftlichen Apparat angehören.

4. Der Schutzbund ist unabhängig von der Roten Armee, Polizei, Gendarmerie. Er hat eigene Waffen- und Munitionslager: Zu deren ständigen Bewachung dienen die Schutzbund-Wacheabteilungen. Sie werden ab der Mitte des Schutzbundes gebildet und vierzehntägig abgelöst. Dieser Wachdienst ist so aufzustellen, dass innerhalb dreier Jahre - unbeschadet der Waffenausbildungen bei der Roten Armee - alle Schutzbündler einmal für 14 Tage zur Schutzbündübung einrücken, welche Zeit zugleich der tiefen militärischen Ausbildung der Schutzbündler dient.

5. Ueberhaupt sorgt der Schutzbund für die militärische Ausbildung aller zuverlässigen Arbeiter und Arbeiterinnen ausserhalb der Schule und ausserhalb der Roten Armee.

6. Der Schutzbund untersteht in jedem Gebiet dem Arbeiter- und Bauernrat.

7. Die gesamten Kosten des Schutzbunds trägt der proletarische Staat.

III. Der Staatsapparat.

1. Der bestehende kapitalistische Staatsapparat wird restlos zertrümmert. An seiner Stelle wird ein klassenmässig proletarischer Staatsapparat aufgebaut. Da un dört können einzelne Trümmer des alten Staatsapparates beim Aufbau verwendet werden, doch müssen sie ganzlich aus ihrem organischen Zusammenhang herausgerissen sein:

Insbesondere sind zu Organisieren: Rote Armee, Rote Polizei, Rote Gendarmerie, Roter Geheimdienst (offensiver und defensiver Kundschaftsdienst) proletarische Revolutionstribunale, deren Geschäfte später die Rote Justiz übernimmt, Roter Verwaltungsapparat.

2. Die Rote Armee setzt sich ausschliesslich aus dem Proletariat Halbproletariat, Kleinbauerntum und Kleinbürgertum zusammen. Bildung von kommunistischen Gruppen in jedem Truppenteil zur Herstellung des geistigen Bandes und einer selbstgewollten straffen Disziplin; Besetzung der Kommandostellen mit den geeignetsten, der proletarischen Revolution ergebensten Soldaten. Heranziehung militärischer Fachleute der alten Armee zur Organisierung der Roten Armee und ihrer strategischen Leitung; politische Kommissäre neben den militärischen Befehlshabern; Konzentration der politischen Leitung der Armee und der allgemeinen Kontrolle des Armeekommandos in den Händen der Arbeiterklasse.

3. Kontrolle des gesamten Staatsapparates durch die Demokratie der Werkätigen (Arbeiter- und Bauernrate), durch die Arbeiterdemokratie (in Betrieb, Gewerkschaft, Partei, Staat) im Rahmen des zuständigen territorialen Gebiets. Die oberste Verfügung und Kontrolle des gesamten Staatsapparates hat der Reichs-Arbeiter- und Bauernrat.

IV. Nationaler Beziehungen.

1. Vollständige Gleichberechtigung der Nationen innerhalb des proletarischen Staates; Anerkennung des Rechtes jeder Nation auf staatliche Lösung.
2. Bündnis mit den Arbeitern aller Länder; Bündnis mit allen Sowjetstaaten; Bündnis mit allen unterdrückten (nicht imperialistischen) Nationen sowie Kolonialvölkern.
3. Staatliche Selbstständigkeit Österreichs bis zum Anschluss an Sowjetdeutschland.
4. Kampf zur Schaffung der Vereinigung Sowjetstaaten-Europas, letzten Endes zur Aufrichtung des die ganze Welt umfassenden Welt-sowjetbundes.

V. Rechtssprechung.

1. Restlose Abschaffung der kapitalistischen Gerichte, Revolutionstribunale zur Ausübung der Straf- und Zivilgerichtsbarkeit bis zur Herausbildung des roten Justizapparates.
2. Grundlegende Änderung der gesamten Gesetze im proletarischen Klassensinn; Vereinheitlichung, Vereinfachung des Rechtes. Jeder rechtliche und tatsächliche ungleiche Behandlung der Staatsbürger nach Geschlecht, Abstammung, Religion, Nationalität, Rasse muss unterbleiben. Aufhebung aller Gesetze, wodurch die Frauen rechtlich hönachteiltigt werden, Gleichberechtigung der Frau im öffentlichen Leben, freier Zutritt zu allen Berufen, zu allen Verwendungen innerhalb der Berufe, gleiche Möglichkeit der beruflichen Ausbildung.
3. Erziehung aller Staatsbürger zug Rechts- und Gesetzeskenntnis.

VI. Volksbildung, Kunst, Propaganda.

1. Unentgeltliche, obligatorische Schulerziehung für alle Kinder beiderlei Geschlechtes bis zum 18. Lebensjahr (4 Jahre Grundschule, 8 Jahre Mittelschule). Aufstieg besonders veranlagter Elemente der Werktätigen in die Hochschule. Schaffung eines umfassenden Netzes von Anstalten (Kinderkrippen, Kindergärten, Kinderheimen) zur unentgeltlichen obligatorischen Erziehung für das vorschulpflichtige Alter, Unentgeltlichkeit der Lernmittel und der Verpflegung der Kinder in der Schule.
2. Einheitsschule. Erziehung auf allen Stufen des Unterrichts zur Selbsttätigkeit (Arbeitsschule). Der Unterricht in den allgemeinen Fächern muss Hand in Hand gehen mit der theoretischen und praktischen Ausbildung in den Hauptzweigen der Produktion, in Zusammenhang mit produktiver Arbeit für die Gesellschaft. Für die Personen über 18 Jahre gesteigerte fachliche Ausbildung. Jeder Einzelne muss zu verschiedenen artigen Arbeiten befähigt werden, damit allmählich ein Wechsel der Beschäftigung organisiert werden kann, welcher der durch die immer weiter geteilte Arbeit herbeigeführten Eintönigkeit der Arbeit entgegenwirkt. Insbesonders muss jedermann fähig gemacht werden, von der industriellen zur landwirtschaftlichen Arbeit wechseln zu können und umgekehrt. Daher obligatorischer Unterricht aller Kinder in der landwirtschaftlichen Arbeit, Gärtnerei, Viehzucht, Hauswirtschaft und in mehreren industriellen Gewerben. Der Erziehung in der materiellen Produktion ist mindestens ein Drittel des Unterrichts zu widmen. Unterricht in der Gesellschaftslehre, in den Pflichten des Menschen gegenüber der menschlichen Gesellschaft und in den Pflichten der einzelnen Menschen gegeneinander; obligatorischer Unterricht in der Wirtschafts-, Staats-, Gesetzeskunde. An die Stelle des Unterrichts in den alten Sprachen Unterricht in den modernen Sprachen.

3. Heranbildung eines proletarisch bewussten Lehrkörpers.

4. Umfassende Förderung des Sports. Formmilitarische Erziehung in den Schule, von jung auf. Entschädigungslose Enteignung aller Sportplätze, Verwaltung durch die örtlichen Sowjets.

5. Grosszügige Förderung der Litteratur und der Kunst überhaupt; sie müssen tatsächlich zum Gemeingut aller werktätigen Menschen gemacht werden.

6. Entschädigungslose Enteignung der Tages-, überhaupt aller politischen Zeitungen durch den proletarischen Staat; kleine Unternehmer werden voll entschädigt.

Entschädigungslose Enteignung des Radios, der Theater, Kinos u. dergl.; kleine Unternehmer werden voll entschädigt und in den Dienst übernommen.

17
Einheitliche Leitung der Propaganda auf allen Gebieten, in
einem den revolutionären Interessen des Weltproletariats entspre-
chenden Sinn, durch das Volkskommissariat für Propaganda.

VII. Religiöse Beziehungen, Ehe, Familie.

1. Trennung der Kirche vom Staat und der Schule. Den Kirchen (Religionsgemeinschaften) sind alle öffentlichen, rechtlichen Funktionen entzogen. Die Religion im Verhältnis zum Staat ist Privatsache. Alle religiösen, kirchlichen Gemeinschaften sind Vereinigungen privaten Rechts und müssen alle ihre Kosten selbst tragen, aus öffentlichen Mitteln dürfen sie keinen Groschen bekommen. Jeder entscheidet frei über seine Zugehörigkeit zu einer Kirche; über Kinder bis zu 14 Jahren entscheiden die Eltern. Alle Religionen, Kirchen sind vor dem Gesetz gleichberechtigt. Der Staat greift in die religiösen, kirchlichen Verhältnisse nicht ein, duldet aber keine gegenrevolutionäre Tätigkeit unter dem Deckmantel religiöser oder kirchlicher Betätigung. Die Kirchen (Religionsgemeinschaften) geniessen den staatlichen Schutz aller anderen Vereinigungen des privaten Recht; religiöse, kirchliche Betätigung ist frei und staatlich geschützt.

2. Das gesamte Unterrichts- und Erziehungswesen ist weltlich. Ausserhalb des Rahmens des allgemeinen Unterrichts können die Religionsgemeinschaften auf ihre Kosten für Religionsunterricht der Schuljugend sorgen; die Teilnahme von Kindern bis zum 14. Lebensjahr bleibt der Entscheidung der Eltern überlassen. Aus den Hochschulen sind theologische Fakultäten auszuscheiden, für deren Kosten müssen die Kirchen selbst aufkommen.

3. Obligatorische Eheschliessungen vor den Staatsbehörden, nachher kann sich jeder, wer will, auch kirchlich trauen lassen. Die Ehehindernisse der Religionsverschiedenheit, der Weihen und Gelüde, die Untrennbarkeit der katholischen Ehe haben dem Staat gegenüber keine Geltung. Gesetzliche Anerkennung der Dispensehe als vollgültige Ehe. Nach gerichtlicher Scheidung der Ehe kann jedermann wieder rechtsgültig heiraten. Einheitliches Ehe-recht für alle Staatsbürger ohne Unterschied. Rechtliche Gleichstellung der ehelichen und unehelichen Kinder. Gegenseitige Alimentationspflicht zwischen Ehegatten, zwischen Eltern und Kindern (Grosseltern und Enkeln).

4. Die Unterbrechung der Schwangerschaft ist auf Antrag der Schwangeren durchzuführen, wenn der zuständige Arzt oder die Fürsorgebehörde feststellt, dass die Geburt die Gesundheit oder die wirtschaftliche Existenz der Schwangeren gefährden würde oder die Geburt eines lebensuntüchtigen Kindes zu erwarten wäre, oder wenn gerichtlich Vergewaltigung oder Verführung festgestellt ist. Unter diesen Voraussetzungen sind die öffentlichen Heilanstalten verpflichtet, die Operation unentgeltlich vorzunehmen.

B. Auf wirtschaftlichem Gebiet:

I. Im Allgemeinen und in der Industrie insbesondere:

1. Als beratendes Organ für die Organisierung der planmässigen Gesamtwirtschaft, setzt die Regierung den Obersten Wirtschaftsrat ein. Er gliedert sich in den: a) Zentralen Industrierat, b) Zentralen Landwirtschaftsrat, c) Zentralen Handelsrat, d) Zentralen Verkehrsrat, e) in den Zentralrat für Volksgesundheit und Sozialfürsorge.

2. Entschädigungslose Enteignung aller kapitalistischen Betriebe in Bergbau, Industrie, Landwirtschaft, Handel, Verkehr, Bank-, Heilwesen usw., und Übernahme in das Eigentum des proletarischen Staates. Kleinkapitalistische Betriebe (Industriebetriebe, die nicht mehr als zehn, Handel-, Verkehrs-, Heilbetriebe usw., die weniger als fünf Lohnarbeiter beschäftigen) werden nicht enteignet.

3. Zusammenfassung der gesamten Wirtschaftstätigkeit des Landes nach einem für den ganzen Staat einheitlich ausgearbeiteten Plan. Verteilung der Vorräte. Konzentration der Produktion auf die am besten eingerichteten Betriebe (eventuell unter Einführung mehrerer Arbeitsschichten) und Stilllegung der minder geeigneten Betriebe. Grösste Zentralisation der Produktion durch Vereinigung nach Produktionszweigen. Jeder Produktionszweig wird zu einem staatlichen Trust organisiert.

Regelmässiges Jahresbudget für die gesamte Wirtschaft; Feststellen des Gesamtbedarfes an Konsum-, Produktionsmittel, Roh- und Halbstoffen, Reserven, Proportionalität der Produktionszweige, richtige Verteilung der Arbeitskräfte und Arbeitsmittel sowohl auf die verschiedenen Gebiete des Landes als auch auf die verschiedenen Wirtschaftszweige der Arbeit.

4. Die nichtenteigneten Betriebe werden in den Gesamtplan der Rohstoff-, Brennstoff-, Maschinenbelieferung miteinbezogen. Sie erhalten staatliche Aufträge, eventuell auch finanzielle Unterstützung unter der Voraussetzung, dass sie sich der staatlichen Planwirtschaft eingliedern. Neue Privatbetriebe dürfen nur mit staatlicher Bewilligung eröffnet werden.

5. Allgemeine Arbeitspflicht. Organisierung von Arbeitsarmeen, insbesondere für den angespannten Bedarf der Landwirtschaft während des Anbaues und der Ernte, Hinarbeit auf die Vereinigung von Ackerbau und Industrie und auf die allmähliche Beseitigung des Unterschiedes von Stadt und Land. Durchgängige Heranziehung der wissenschaftlichen und technischen Fachleute bei schärfstem Kampf gegen Sabotage.

6. Zum Schutz der Arbeiter hinsichtlich Lohn, Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen überhaupt Arbeiterschutz Sozialversicherung, insbesondere Arbeitslosenversicherung usw. dienen die Gewerkschaften. Diese sind nach Produktionszweigen gegliedert. Jede Gewerkschaft umfasst auch die Arbeitslosen des bezüglichen Produktionszweiges.

Zur Wahrung der Rechte der Arbeiter in den Betrieben, auch den Staatsbetrieben, wählen die Belegschaften Betriebsräte. Diese unterstützen den Arbeiter- und Bauernrat in der Kontrolle der Produktion und bei der Schaffung der neuen, selbstgewollten, sozialistischen Arbeitsdissziplin. Die Belegschaft kann die Betriebsräte abberufen und neu wählen.

Gewerkschaften und Betriebsräte arbeiten einvernehmlich. Das Recht der Betriebsräte, der Gewerkschaft zur Wahrung der Rechte der Arbeiter, das Produktionskontrollrecht der Betriebsräte im Betriebsmasstab - die demokratische Wahl der Betriebsräte, der Gewerkschaftsfunktionäre - die demokratischen Kontrollrechte der Arbeiter gegenüber den Betriebsräten und den Gewerkschaftsfunktionären - mit einem Wort die Betriebsdemokratie und die Gewerkschaftsdemokratie sind durch die Verfassung des proletarischen Staates gewährleistet.

II. In der Landwirtschaft.

a) Enteignung und Aufteilung.

1. Aller Grossgrundbesitz, grossbäuerlicher Besitz, kirchlicher Besitz samt lebendigem und totem Inventar und dazu gehörigen gewerblichen Betrieben und dem Betriebskapital wird ohne Entschädigung enteignet, wird Eigentum des proletarischen Staates.

2. Der so enteignete Wald wird mit den Staatsforsten vereinigt und einheitlich vom Staat bewirtschaftet.

Die am besten geeigneten landwirtschaftlichen Grossbetriebe werden zu landwirtschaftlichen Musterbetrieben; sie werden zusammen mit den bisherigen Staatsdomänen unter Leitung des Zentralen landwirtschaftlichen Rates bewirtschaftet. Welche Grossbetriebe und in welchem Umfang sie als landwirtschaftliche Mustergüter des proletarischen Staates weitergeführt werden, bestimmt der von der Regierung eingesetzte Zentrale Aufteilungsausschuss.

3. Aller sonst enteignete Boden (Acker, Wiesen, Weiden) werden entschädigungslos auf die armen Dorfmassen aufgeteilt. Durchgeführt wird die Aufteilung von den Dorf-Arbeiter- und Bauerhälften unter Kontrolle der Bezirks-Arbeiter- und Bauernräte, letzten Endes unter Kontrolle des Zentralen Aufteilungsausschusses, dem die allgemeine Leitung der gesamten Aufteilung obliegt.

4. Die Grösse einer Kleinbauernhufe an Acker, Wiese (Weide) zusammen wird festgesetzt: bei gutem Boden auf 2 Hektar, bei mittlerem Boden auf 4, bei schlechtem Boden auf 8 Hektar, all dies unter der Voraussetzung, dass der Boden vom Besitzer und seinen Familienangehörigen bearbeitet wird ohne Verwendung von Lohnarbeitern (Knechten, Magden).

Alle sonstigen landwirtschaftlichen Betriebe bei gutem Boden bis 20 Hektar, bei mittlerem bis 40, bei schlechtem Boden bis 60 Hektar, (an Acker, Wiese und Weide zusammen) gelten als Mittelbauernbetriebe. Alle Betriebe darüber hinaus gelten als grossbäuerliche beziehungsweise Grossgrundbetriebe.

5. Mit Kleinbauernhufen beteiligt werden diejenigen Land- und Forstarbeiter, die nicht in den landwirtschaftlichen Musterbetrieben (staatlichen Domänen) oder in den Mittelbauernbetrieben Beschäftigung finden.

Halbproletarier (Häusler, Keuschler usw.), mit einem Wort solche denen ihr Zwergsbesitz so wenig gibt, dass sie teilweise als Lohnarbeiter tätig sein müssen, wird ihr Besitz zum Umfang einer Kleinbauernhufe vergrössert.

Alle Zwerg- und Kleinbauern, die weniger besitzen, wird ihr Grund zur Grösse einer Kleinbauernhufe ergänzt. Analog werden Zwerg- und Kleinpachter beteiligt.

6. Die Aufteilung erfolgt entschädigungslos. Ausserdem bekommt ebenfalls entschädigungslos, vom proletarischen Staat: jede so geschaffene neue Kleinbauernhufe Wohn- und Wirtschaftsgebäude und das notwendige Inventar. Auch die Ergänzung erfolgt entschädigungslos; ausserdem wird allen ergänzten Kleinbauernbetrieben Wohn- und Wirtschaftsgebäude, notwendiges Inventar vom proletarischen Staat entschädigungslos entsprechend vergrössert.

Dies wird verwirklicht durch die Arbeitsbeschaffungsaktion des proletarischen Staates zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die finanziellen Kosten dieser gewaltigen Aktion werden aufgebracht durch die entschädigungslose Enteignung des gesamten beweglichen Kirchenvermögens.

7. Aller enteigneter aufgeteilter Boden bleibt Eigentum des proletarischen Staates; die Besitzer erhalten den Boden, den Grund samt Wohn- und Wirtschaftsgebäude zur entschädigungslosen, dauernden, erblichen Nutzung. Das Privateigentum an dem alten kleinbäuerlichen Besitz, sowie an dem Mittelbäuerlichen Besitz bleibt aufrecht und wird staatlich geschützt. Verkauf, Teilung, Belastung der zugeteilten Grundstücke bedarf der Zustimmung des Zentralen Wirtschaftsrates.

b) Förderung der klein- und mittelbäuerlichen Landwirtschaft durch den proletarischen Staat.

1. Umfassender Ausbau der landwirtschaftlichen Genossenschaften; Ausbau ihrer direkten Verbindung mit den Konsumgenossenschaften.

2. Schaffung staatlicher Verleihstellen, die den klein- und mittelbäuerlichen Betrieben die modernen Maschinen zur Verfügung stellen. Bildung von Arbeitserarmen in den Städten zur rechtzeitigen Bewältigung der Feldbestellung und der Ernte. Zu diesem Zweck wird auch die Industrie arbeiterschaft von Jugend auf in den Elementen der Landwirtschaft ausgebildet werden.

3. Sofortige einschneidende Massnahmen zur Entschuldung der Kleinbauern (siehe Abschnitt Finanzwesen).

4. Steigerung der Produktivität der bäuerlichen Wirtschaft; gründliche Verbreitung agronomischer Kenntnisse (siehe Abschnitt Volksbildung) Beschaffung von bestem Saatgut usw.; Melioration des bäuerlichen Bodens; Flussregulierung; Ausbau der Strassen usw.

5. Gerechte Neuregelung des Grundbesitzes der Gemeinden, sowie der Weide-, Staud- und Holzservituten.

6. Obligatorische Kranken-, Urlaubs-, Unfalls-, Invaliditäts-, Witwen- und Waisen-, Alters-, Pensions-, Arbeitslosenversicherung der Klein- und Mittelbauern samt Familienangehörigen (siehe Abschnitt Volksgesundheit und Sozialfürsorge).

c) Massnahmen zu Gunsten des Landproletariats.

Ausdehnung der gesetzlichen Schutzbestimmungen hinsichtlich Lohnarbeitszeit, Arbeiterschutz, Sozialversicherung usw.; die dem Schutz der Industriearbeiter dienen, auf die Land- und Forstarbeiter, Vierzigstundenwoche im Jahresdurchschnitt, tägliche Arbeitszeit im Sommer langer im Winter kürzer.

Alle Land- und Forstarbeiter (auch die in den mittelbäuerlichen Betrieben) werden nicht nur in den Elementen der Agronomie, sondern auch der Industrie ausgebildet, im Interesse des Aufstiegs der Landwirtschaft, aber auch damit sie in der Industrie beschäftigt werden können.

d) Allgemeines in Bezug auf die Landwirtschaft.

1. Neuregelung der Jagd.
2. Obligatorische Versicherung der gesamten Landwirtschaftlichen Betriebe gegen Feuer, Hagel usw.
3. Urbarmachung des Oedlandes.
4. Hinarbeiten auf die Überwindung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land.
5. In den landwirtschaftlichen Betrieben, die Lohnarbeiter (Knechte, Mägde) beschäftigen, wählt die Belegschaft Betriebsräte, denen analoge Rechte zustehen, wie den Betriebsräten in der Industrie.
6. Im Verhältnis zu den Klassen im Dorf hat die proletarische Klassenpartei folgende Linie:
 - a) Bündnis der Industrie- und Landproletarier mit den Halbproletariern (Häusler, Kneuschler usw.), mit den Zwerg- und Kleinpächtern, mit den Zwerg- und Kleinbauern;
 - b) entschiedener Kampf gegen die Grossbauern;
 - c) Trennung der Mittelbauern von den Grossbauern, indem wir die Mittelbauern durch aufmerksames, entgegenkommendes Eingehen auf ihre Bedürfnisse auf die Seite der Arbeiterklasse ziehen.

III. Verteilung.

1. Aussenhandelsmonopol.
2. Organisierung der planmässigen Verteilung der Produkte. Zu diesem Zweck Ausbau der Konsumgenossenschaften zu einem die gesamte Bevölkerung umfassenden Netz. Die bestehenden kleinen Detailgeschäfte bleiben im Privateigentum und werden planmässig um die Konsumgenossenschaften gruppiert. Organisierung des direkten Verkehrs zwischen Konsumgenossenschaften und landwirtschaftlichen Genossenschaften.

Demokratisches Kontrollrecht der Mitgliedschaft in Bezug auf die Wirtschaft in jeder Filiale und der gesamten Konsumorganisation. Über Beschluss der Mitgliederversammlung müssen Angestellte der Filiale abberufen werden. Die auf dem Bezirks-, Kreis-, Reichstagen durch demokratisch gewählten Delegierten der Mitglieder gewählte Bezirks-, Kreis-, Reichsleitung hat das Recht, die Wirtschaftsbehörung der höheren Organe der im Reichsmaßstab zentralisierten Konsumgenossenschaften innerhalb des bezüglichen Territoriums fortgesetzt zu kontrollieren.

Zum Wahren der Rechte der Arbeiter (Angestellten, Beamten) werden analog der Industrie Betriebsräte gewählt.

IV. Verkehr.

1. Entschädigungslose Enteignung und Zentralisierung der gross- und Mittelkapitalistischen Verkehrsbetriebe, (Luftschiffahrt, Auto, Autobus, Eisenbahn, Schiffahrt, Post, Telegraph, Radio, Hotels, Restaurants usw.).
2. Ausbau der Wasserkräfte; Elektrifizierung der Bahnen; Ausbau der Straßen; Ausbau der Donau zum Grossschiffahrtsweg.

V. Finanzen.

1. Die Nationalbank, alle Privatbanken (Bankgeschäfte), Sparkassen usw. werden entschädigungslos enteignet und zu einer einheitlichen Volksbank der Räterepublik vereinigt.

Die Einlagen der Werktaatigen (Arbeiter, Angestellte, Beamte, Halbproletarier, Zwerg- und Kleinpächter, Zwerg- und Kleinbauern) sowie der Mittelbauern und der Kleinkapitalisten (die in der Industrie nicht mehr als 10, in Handels-, Verkehrs-, Heil- und sonstigen Betrieben nicht mehr als 3 Lohnarbeiter beschäftigen) bleiben gewahrt.

2. Das Geldsystem bleibt.

3. Entschädigungslose Löschung aller von Banken, Sparkassen, Geldinstituten, Gross- und Mittelkapitalisten (Grossgrundbesitzern, Grossbauern), von der Kirche gewährten Hypotheken für alle Werktaatigen.

Die auf kapitalistischem Eigentum haftenden Hypotheken gross- und mittelkapitalistischer Gläubiger, gehen entschädigungslos auf den proletarischen Staat über.

Die Hypotheken zu Gunsten von Werktagen, mittelbauerlicher kleinkapitalistischer Hypothekargläubiger bleiben aufrecht.

4. Entschädigungslose Streichung aller Schulden für die Werktagen, soweit die Gläubiger Banken, Sparkassen, Geldinstitute, überhaupt Gross-, Mittelkapitalisten (Grossgrundbesitzer, Grossbauern, Kirche) sind.

Im übrigen nach Bedarf, Moratorium und Zinsenherabsetzung. Verzeichnung aller Schuld^{en} an das Ausland.

5. Entschädigungslose Beschlagnahme aller Wertpapiere der Gross-Mittelkapitalisten (Grossgrundbesitzer, Grossbauern, Kirche); die Wertpapiere der Werktagen, Mittelbauern, Kleinkapitalisten werden zu vollem Wert eingelöst.

6. Entschädigungslose Beschlagnahme aller Forderungen der gross-mittelkapitalistischen Gläubiger an das Ausland; die Auslandsforderungen der Werktagen, Mittelbauern, Kleinkapitalisten bleiben gewahrt. Verzeichnung aller Forderungen an das Ausland.

7. Entschädigungslose Streichung der Staatschulden, ausgenommen die Werktagen, Mittelbauern, Kleinkapitalisten.

8. Entschädigungslose Enteignung, Verstaatlichung und Zentralisierung des gesamten Versicherungswesens.

9. Entschädigungslose Beschlagnahme aller Juwelen, Edelmetalle, Edelmetallsachen der Gross-, Mittelkapitalisten (Grossgrundbesitzer, Grossbauern, Kirche).

10. Insofern durch all diese Massnahmen ausländische Gläubiger in ihrem Eigentum, in ihren Rechten getroffen werden; gehören sie Staaten an, die dem proletarischen Staat nicht feindlich gegenüberstehen, so bleiben ihre Rechte nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit voll gewahrt; oder sie erhalten vollen Ersatz; ansonsten entschädigungslose Enteignung.

11. Entschädigungslose Streichung aller Steuerschulden der Werktagen, Mittelbauern, Kleinkapitalisten. Allmähliche Herabsetzung der indirekten Steuern durch progressive Einkommen- und Vermögenssteuer; Teilweise Deckung der Staatsausgaben aus den Staatsmonopolen. Bis zur Neuregelung des Steuerwesens sind die bisherigen Steuern weiter zu zahlen.

12. Entschädigungslose Enteignung des gesamten Vermögens aller Kirchen, mit Ausnahme der zum Gottesdienst unumgänglich notwendigen Gegenstände. Das bewegliche Kirchenvermögen ist wie folgt zu verwenden:

a) die eine Hälfte dient dazu, die durch die Bodenaufteilung entstehenden neuen Kleinbauerngüter mit Wohn- und Wirtschaftsgebäuden, Vieh, Maschinen, überhaupt mit dem nötigen Inventar zu versehen.

b) die andere Hälfte dient der Finanzierung eines grossen Feldzugs gegen die Massenarbeitslosigkeit; zum Ausbau der Wasserkräfte sowie zur Elektrifizierung der Bahnen; zur Urbarmachung des Oedlands sowie zur planmässigen Verbesserung des nutzbaren Bodens überhaupt; zur Regulierung der Flüsse; zum Strassenbau; zum Wohnungsbau usw.

13. Alle Rechtsgeschäfte zur Umgehung der Bestimmungen 1-10 sind ungültig und unter Strafe. Strenge Strafen insbesondere gegen Verschicken ins Ausland, Verstecken, Entziehen (etwa durch Uebergabe an Werktagen, Mittelbauern, Kleinkapitalisten).

14. Versorgung der durch die seinerzeitige Geldentwertung enteigneten Kleinsparer, Kleinrentner.

VI. W a h n u n g s w e s e n .

1. Entschädigungslose Enteignung der Hauser der Gross-, Mittelkapitalisten (Grossgrundbesitzer, Grossbauern, Kirche); diese Häuser gehen in das Eigentum der Gemeinden über. Das Hauseigentum der Werktagen, Mittelbauern, Kleinkapitalisten bleibt gewahrt (volle Entschädigung bei eventueller Enteignung).

Zentralisierung des gesamten Wohnungswesens, Verwaltung durch die örtlichen Sowjets. Neuregelung des Wohnungswesens.

Die Kirchengebäude gehen entschädigungslos in das Eigentum des proletarischen Staates über. Verwaltung durch die örtlichen Sowjets, die sie den Religionsgemeinschaften gegen-mässigen Zins zur Benützung überlassen.

2. Sofortige Herabsetzung der Mietzinse (Pachtzinse) auf die Hälfte, für alle Werktagen.

3. Beschränkung der Gross- und Mittelkapitalisten (Grossgrundbesitzer, Grossbauern) auf die unumgänglich notwendige Wohnungsgrösse. Errichtung der so freiwerdenden Wohnräume zu Wohnungen für Wohnungsbedürftige.

4. Entschadigungslose Enteignung der Paläste, Schlösser, Stifte, Klöster, sowie der Villen der Gross- und Mittelkapitalisten (Grossgrundbesitzer, Grossbauern, Kirche) und deren Errichtung zu Erholungs-, Urlaubs-, Alters-, Kinderheimen, Museen, Aulerräumen, Kasernen, Wohnungen usw.

Umbau der veralteten Häuser zu modernen Wohnhäusern; Neubau von Wohnungen bis zur restlosen Beseitigung der Obdachlosigkeit. Schaffung von Einrichtungen in den Wohnhäusern, die die Haushaltstarbeiten möglichst erleichtern.

5. Hinarbeiten auf die allmähliche Aufhebung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land.

VII. Volksgesundheit und Sozialfürsorge.

1. Schutzbestimmungen in Bezug auf den Lohn (Gehalt).

Der Höchstlohn (Höchstgehalt) darf für die Einzelperson in keinem Fall siebenhundert Schilling im Monat übersteigen.

Plamässiges, allmähliches Steigern zunächst der unteren Lohnstufen in dem Massen und Tempo, als es die tatsächliche Wirtschaftskraft des proletarischen Staates bei nächsternem Einschätzen jeweils zulässt. Es wird allseitiger, gewaltiger, langwieriger Anstrengungen bedürfen, um auf diese Weise allmählich den niedrigen Lohn für alle erwachsenen Arbeiter auf dreihundert Schilling monatlich zu heben.

Erst bis diese Mindestlohnsgrenze für alle Arbeiter wirklich erreicht ist, dann in derselben Art, stets im Einklang mit der wirtschaftlichen Wirtschaftskraft des proletarischen Staates, plamässiges, allmähliches Steigern aller Löhne - auch der Höchstlöhne, auch der Höchstlohnsgrenze - jedoch so, dass die hohen Lohnstufen langsamer gesteigert werden als die niedrigen Lohnstufen.

Alle Lohn erhöhung ist geknüpft an die Grundbedingung des dauernden Einhalts der Arbeiterdisziplin, mindestens derselben Stundenarbeitsleistung wie im kapitalistischen Staat und des sorgfältigen Umgangs mit Maschinen, Werkzeugen, Roh- und Hilfsstoffen, Gebäuden usw.

Der proletarische Staat wird die vorgezeichnete Lohnpolitik allmählich, in langsam ansteigender Weise durchführen, in dem Massen als es gelingt, die Produktion planvoll zu organisieren, die Produktivkräfte zu vermehren und durch all dies den Gesamtertrag der gesellschaftlichen Arbeit zu steigern.

2. Schutzbestimmungen in Bezug auf die Arbeitszeit.

Herabsetzung der Arbeitszeit ausnahmslos für alle Arbeiter und Angestellten auf vierzig Stunden die Woche. Überstunden verboten, solange die Arbeitslosigkeit fünf Prozent der Gesamtzahl der Arbeiter und Angestellten im Staatsmaßstab übersteigt. Ansonsten fünfzig % höhere Vergütung für jede Überstunde. Für die vierzigstündige Arbeitszeit ist derselbe Lohn zu bezahlen, wie bisher für 48 Stunden.

Für Personen unter 18 Jahren, in besonders gesundheitsschädlichen Produktionszweigen und für Bergarbeiter, die im Schacht arbeiten, höchstens sechsstündige Arbeit täglich. Verbot der Lohnarbeit für Personen unter 14 Jahren. Verbot der Nachtarbeit für alle Personen weiblichen Geschlechtes und für Personen männlichen Geschlechtes unter 18 Jahren. Ueberhaupt ist Nachtarbeit nur zugelassen in Betrieben, die ununterbrochene Arbeit fordern. Ausschluss der Frauenarbeit von Betrieben, die dem weiblichen Organismus besonders schädlich sind. Befreiung der Frauen acht Wochen vor und acht Wochen nach der Niederkunft unter Beibehaltung des Lohnes für die ganze Zeit. Wöchentlich ununterbrochene Ruhepause von 42 Stunden. Jährlicher bezahlter Urlaub für alle Arbeiter ohne Unterschied.

Mit dem Wachsen der Produktivkräfte plamässiges, allmähliches Kürzen der Arbeitszeit unter vierzig Stunden die Woche.

3. Schutzbestimmungen in Bezug auf die Arbeitslosigkeit.

Unterstützung der Arbeitslosen für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit in der Höhe von mindestens der Hälfte des Wochenlohnes eines vollbeschäftigte[n] Arbeiter. Unterstützung der Kurzarbeiter. Altersrente in der Höhe mindestens der Arbeitslosenunterstützung.

Organisierung einer Arbeitslosenversicherung, die sich auf alle Werktätigen mit ihren Familienmitgliedern erstreckt, also auch auf die Halbproletarier, Kleinbauern, Kleinbürger, Mitverwaltung der Arbeitslosenversicherung durch die Versicherten, Kontrollrecht der Gewerkschaften.

Grosse Arbeitsbeschaffungsaktion des proletarischen Staates; Bau der Wohn- und Wirtschaftsgebäude und Herstellung des Inventars für die neuen Kleinbauernhöfe; Umbau der alten Häuser und Adaptierung der Luxushäuser und - wohnungen der Reichen; Ausbau der Wasserkräfte; Elektrifizierung der Bahnen; Ausbau der Donau als Grossschiffahrtsweg; Melioration des Bodens, auch des bäuerlichen; Wohnungsbau usw. In erster Linie müssen die neuen bäuerlichen Siedlungen auf diese Weise möglichst bald aktionsfähig gemacht werden. Finanzierung der Aktion durch entschädigungslose Enteignung des beweglichen Krichenvermögens.

4. Schutzbestimmungen in Bezug auf die Gesundheit.

Erhöhter Schutz gegen Betriebsunfälle und gewerbliche Krankheiten; wirksamer Schutz für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter; Hinwirken auf die Beseitigung der Heimarbeit; Tagesheimstätten für Krippenkinder, vor- und schulpflichtige und schulpflichtige Kinder zur Erleichterung der arbeitenden Mütter; Ausbau der Ferienaktionen für alle Kinder. Umfassende Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, der Tuberkulose, des Alcoholismus.

5. Sozialversicherung.

Obligatorische, zentralisierte Kranken-, Unfalls-, Invaliden-, Witwen und Waisen-, Arbeitslosen-, Pensions-, Altersversicherung für alle Arbeiter ohne Unterschied in auskömmlichem Maasse.

Obligatorische, zentralisierte, auskömmliche Urlaubs-, Kranken-, Unfall-, Invaliden-, Witwen und Waisen-, Pensions-, Arbeitslosen-, Altersversicherung für alle Halbproletarier, Kleinbauern, Kleinbürger.

In allen Fällen sind die Familienangehörigen mitversichert. Ersetzung der Ausgedinge durch auskömmliche Altersversicherung.

Entschädigungslose Enteignung der gross- und mittelkapitalistischen Heilanstalten, sämtlicher Apotheken und aller Stätten der Herstellung, des Handels mit Heilmitteln, Zentralisierung in der Hand des proletarischen Staates. Volle Entschädigung der Kleinkapitalisten, Uebernahme in den Dienst.

Unentgeltliche ärztliche Hilfeleistung einschliesslich der Geburtshilfe und der Heilmittel, für alle Werktätigen.

Bessere Versorgung der Kriegsbeschädigten.

Unentgeltliche Totenbestattung für alle Werktätigen.

Herrichtung der geeigneten exproprierten Schlösser, Villen, Stifte usw. zu Erholungsstätten, Altersheimen usw. für alle Werktätigen in Stadt und Dorf samt deren Familienangehörigen.

6. Betriebsinspektion.

Umfassende Betriebsinspektion zur Überwachung des Einhaltens der Arbeiterschutzbestimmungen; Mitwirkung durch von den Gewerkschaftsmitgliedern gewählte Inspektoren, Inspektoren.

Wahrung der Rechte der Arbeiter in den Betrieben durch die Betriebsräte sowie die Gewerkschaften (siehe Abschnitt Industrie).

7. Arbeiterrecht.

Die Schutzbestimmungen betreffend Arbeitszeit, Lohn, Arbeitslosigkeit, Gesundheit, Sozialversicherung, Betriebsinspektion gelten für alle Wirtschaftszweige.

Einheitliches Arbeiterrecht, übersichtlich zusammengefasst.
Beseitigung aller Gesetze, wodurch die Frau gegenüber dem Mann öffentlichrechtliche oder privatrechtliche Nachteile hat.

8. Versicherungswesen.

Entschädigungslose Enteignung aller Versicherungsanstalten, deren Übergang ins Eigentum des proletarischen Staates. Obligatorische Versicherung aller Betriebe gegen Feuer, überhaupt gegen Elementarkatastrophen.

9. Krieg und Elementarkatastrophen.

Zur militärischen Verteidigung, überhaupt soweit es die militärischen Interessen des proletarischen Staates erfordern, muss jeder Einzelne mit seinem gesamten Gut, mit seiner gesamten Arbeits- und Kampfkraft, mit seinem Leben einstehen. Wenn und soweit es die militärischen Interessen des proletarischen Staates erfordern, werden die Schutzbestimmungen in Bezug auf Arbeitszeit, Lohn usw. zu Gunsten des proletarischen Staates zweitweilig eingeschränkt. - Dasselbe gilt beim Kampf des proletarischen Staates gegen grosse Elementarkatastrophen.

10. Allgemeines.

Schärfste Strafen gegen konterrevolutionäre Tätigkeit!

Diebstahl, Raub, Plünderung, Brandlegung, Veruntreuung, begangen in der Zeit des akuten Kampfes um die Errichtung des proletarischen Staates zum Zwecke der persönlichen Bereicherung ist an den Schuldigen mit dem Tode zu bestrafen.

Diebstahl, Raub, Plünderung, Brandlegung, Veruntreuung, begangen in der Zeit des akuten Kampfes um die Aufrichtung des proletarischen Staates zu dem Zweck, um durch die dadurch herbeigeführte Desorganisation, Demoralisation den Aufbau des proletarischen Staates, die proletarische Umorganisierung der Wirtschaft zu unterbinden, ist an den Schuldigen mit dem Tode zu bestrafen.

Aburteilung dieser Verbrechen im standrechtlichem Verfahren vor den Revolutionstribunalen.

M. Diktatur der Klasse oder Diktatur der Partei.

Diese Fragestellung ist grundfalsch. Sie "übersieht" die Wechselbeziehungen zwischen Klasse und Klassenpartei. Die Arbeiterklasse kann ihre Klassendiktatur ausüben überhaupt nur durch ihre Klassenpartei. Wer die Klassenpartei "überspringen" will, wie das die Halbmarxisten tun (s. B. die KAPD), wer die Rätediktatur durch die Räte ohne die proletarische Klassenpartei ausüben will, der lässt die Sowjets ohne die unumgänglich notwendige revolutionäre Führung durch die Organisation der Klassenbewussten, durch die Klassenpartei, der will den Körper der proletarischen Diktatur - ohne Kopf. Ein solcher Körper müsste in kürzester Zeit elendiglich zugrundegehen.

Die Klassenpartei kann die Diktatur des Proletariats nur dann und solange behaupten, als sie tatsächlich durch das Vertrauen der grossen Mehrheit der Arbeiterklasse getragen, gestützt, aktiv unterstützt wird.

Wohl kann sich eine Diktatur auch ohne Vertrauen der Mehrheit der Arbeiter behaupten, ja sie kann sich, wie die Stalindiktatur zeigt, sogar gegen den Hass der grossen Arbeitermassen behaupten, aber dann ist der proletarische Charakter der Diktatur bereits in Gefahr, im Schwinden, in Liquidierung; denn gaunert sich an die Stelle der proletarischen die bürokratische Diktatur; Die Diktatur der entarteten, usurpatorischen, verraterischen Bürokratie, die Diktatur der Stalinbürokratie.

N. Der Weg zur proletarischen Diktatur

1. Die besonderen Bedingungen des heutigen Kampfes um die proletarische Diktatur.

Die kapitalistische Herrschaft ist reif zum Sturz. Die kapitalistische Wirtschaft ist in ihren Grundfesten erschüttert; nur vorübergehend, für immer kürzere Zeit, unter immer schwereren Kämpfen kann sie sich etwas erholen.

Das bedeutet nicht, dass die Bourgeoisie etwa in jedem beliebigen Zeitpunkt gestürzt werden könnte. Aber die inneren Widersprüche, die den Kapitalismus als System der Wirtschaft, als System der Herrschaft, als System von Staaten, als Gesellschaftssystem immer mehr nach Breite und Tiefe zerklüfteten, schaffen immer wieder und müssen immer wieder schaffen Lagen, die objektiv den Sturz der Bourgeoisie möglich machen, mit einem Wort: unmittelbar revolutionäre Situationen. Gerade die jetzige Epoche der akuten Zuspitzung der Krise des Kapitalismus schafft immer wieder in plötzlichen Wendungen kritische, revolutionäre Lagen.

Es fehlt dem Proletariat nur die proletarische Klassenpartei: dass sie bestehe, dass sie das Vertrauen der Mehrheit der Arbeiterklasse erworben habe, dass die Millionenmassen tatsächlich bereit seien, auf Tod und Leben unter ihrer Führung zu kämpfen.

Solange die breiten Arbeitermassen den kleinbürgerlich "Sozialistischen" ("Kommunistischen") Parteien - der SP(RS)/KP - folgen, solange ist der Sieg der proletarischen Revolution unmöglich. Unter Führung der SP(RS)/KP muss unvermeidlich jeder revolutionäre Kampf der Arbeiter schliesslich zu einer Niederlage der Arbeiterklasse führen; die Früchte des proletarischen Kampfes erntet dann andere Klassen, nur nicht das Proletariat.

Hätte die Arbeiterklasse schon ihre proletarische Revolutionspartei, hätte diese schon die grossen Massen hinter sich, so würde und müsste der Massenkampf zum Zuhilfeholen, zum Verteidigen, zum Wiederherstellen der (bürgerlichen) Demokratie, zum Sturz der offenen kapitalistischen Diktatur (sei diese nun Militär-Polizeidiktatur, bonapartistische oder faschistische Diktatur) mit dem Sieg der Massen, durch das entschlossenste Verteidigen des Massensieges mittels ausserordentlicher, einschneidender Massnahmen gegen die Feinde der Massen in die proletarische Diktatur umschlagen.

Aber die Mehrheit der Arbeiterschaft, die aktiven Sympathien der armen Mittelmassen in Dorf und Stadt stehen noch nicht hinter der proletarischen Revolutionspartei, ja diese ist noch nicht einmal geschaffen - eben das sind die besonders Bedingungen, unter denen heute die proletarischen Revolutionäre den Kampf um die Aufrichtung der Diktatur des Proletariats vorzubereiten, zu organisieren, durchzuführen, zu führen haben. Die grosse Mehrheit der Arbeiter steht heute noch hinter SP(RS)/KP, die Arbeiter in ihrer grossen Masse haben noch nicht einmal die Notwendigkeit der Schaffung der proletarischen Klassenpartei begriffen, sie halten die kleinbürgerliche SP(RS)/Stalinpartei für Arbeiterparteien, noch dazu für revolutionäre Arbeiterparteien.

Es ist klar, dass die Arbeiter diese Illusionen nur an Hand ihrer Erfahrungen überwinden können und dass sie diese Illusionen mit Hilfe der proletarischen Revolutionäre in der Tat überwinden werden, wenn diese ausdauernd strategisch und taktisch richtig vorgehen werden.

2. Der kleinbürgerlichradikale "Kampf um die proletarische Diktatur".

In Wörtern versichern SP(RS)/Stalinpartei immer wieder, dass sie für die proletarische Diktatur kämpfen, dass sie diesen Kampf nur aus "realistischen" Gründen "zunächst" auf den Kampf für die (bürgerliche) Demokratie konzentrieren.

Die Arbeiter dürfen sich durch die "revolutionärsten" Worte dieser kleinbürgerlichen Parteien nicht täuschen lassen. SP(RS)/KP gehen aus auf das Bündnis mit kapitalistischen Schichten. Damit jedoch kann man niemals die Diktatur der Arbeiterklasse erkämpfen; ja damit kann man nicht einmal die bürgerliche Demokratie tatsächlich zu Ende führen, wirksam verteidigen, wiederherstellen!

Der kleinbürgerlichradikale Kampf der SP(RS)/KP führt mittelst der revolutionären Massenaktionen im besten Fall zum Sturz der offenen kapitalistischen Diktatur (der Militar-Pozzi-, der bonapartistischen oder faschistischen Diktatur). Doch einmal von den revolutionären Massen in den Sattel gehoben, lassen SP(RS)/KP die kapitalistische Staatsmaschine im Grossen und Ganzen in ihrer klassenmassig kapitalistischen Zusammensetzung weiterbestehen und belassen den Kapitalisten (Der Kapital, Staat) im Grossen und Ganzen das Eigentum an den Springquellen des Lebens, an den Betrieben, am Grund und Boden, an den Verkehrsmitteln usw. Sie lassen also die tatsächliche politische und wirtschaftliche Macht in den Händen der Kapitalistenklasse.

Solange die Millionenmassen in revolutionärer Bewegung, können sie der kapitalistischen Macht standhalten, ja das Uebergewicht erlangen. Um den Sieg der Massen zu vollenden, zu sichern, müssen die Machtstellungen aller Feinde der Massen, müssen vor allem die Machtstellungen des Klassenfeindes der Arbeiterschaft zerbrochen, zerschmettert, zerstört werden, muss die Macht der Arbeiterklasse aufgerichtet werden; die proletarische Staatsmaschine, die proletarische Diktatur, der proletarische Staat.

Doch eben das wollen die kleinbürgerliche SP(RS)/KP ganz und gar nicht. Sie suchen durch Reformen am Kapitalismus, mit Brosamen, Almosen die Massen zu "beruhigen", einzulullen, einzuschläfern. Das macht sich die Bourgeoisie zu nutze. Durch das tatsächliche Zusammenwirken der SP(RS)/KP mit der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse wird die revolutionäre Schwungkraft der Massen gelähmt, wird die proletarische Klassenkraft immer mehr zersetzt, werden die Mittelmassen immer mehr enttäuscht, schwenken nach rechts, verfallen aus der Verzweiflung über ihre auswegslose Lage der faschistischen Verführung der Monopolbourgeoisie, bis kommt, was bei der sozialdemokratisch ("revolutionärsozialistischen")/stalinscher Politik schliesslich kommen muss: die niederschmetternde Niederlage der Arbeiterklasse durch die Kapitalistenklasse.

So war es 1918 - 1934 und - so wird es unvermeidlich zum zweitenmal, drittenmal, viertenmal und solange kommen, solange die Arbeiterschaft den kleinbürgerlich "Sozialistischen" ("Kommunistischen") Parteien folgt, statt sich die proletarische Klassenpartei aufzubauen und ihrer Führung zu folgen.

III. Der proletarischrevolutionare Kampf um die Diktatur der Arbeiterklasse .

Erster Fall: Die proletarische Revolutionspartei besteht und hat die Mehrheit der Arbeiter hinter sich.....

In diesem Fall nimmt sie - in den entwickelten kapitalistischen Ländern - den Kampf zum Zuendeführen der bürgerlichen Demokratie, zu deren Verteidigung, zu deren Wiederherstellung in ihre eigenen Hände, ergreift dessen Führung, richtet ihn immer aus gegen die gesamte Kapitalistenklasse, erkämpft das Bündnis mit den armen Mittelmassen in Dorf und Stadt.

Ihr Sieg schlägt um, muss schliesslich umschlagen in die proletarische Diktatur; denn sie ist gezwungen, ihren ersten Sieg gegen die immer tollwütigeren Angriffe der Bourgeoisie mit eiserner Hand zu sichern, zu festigen, den Klassenfeind durch scharfe und immer schärfere äußerordentliche Eingriffe zu schwächen; so wächst aus dem Kampf für die bürgerliche Demokratie - die Diktatur der Arbeiterklasse: Aber nur unter der Führung der proletarischen Revolutionspartei! Aber nur durch deren Bündnis mit den armen Mittelmassen! Aber nur im Kampf gegen die gesamte Bourgeoisie! Niemals jedoch im Bündnis mit der Kapitalistenklasse, mit einem Teil derselben, mit irgendeiner kapitalistischen Schicht!

In den kapitalistisch nicht entwickelten Landern, wo die Bourgeoisie erst um die Beseitigung der feudalen Herrschaft kämpft, da ist es noch möglich, dass die Revolutionspartei für eine gewisse Zeit mit der Bourgeoisie zur revolutionären Liquidierung der feudalen Herrschaft zusammengeht (wobei sie all das streng einhalten muss, was wir im 9. Kapitel, im Abschnitt über das Bündnis, ausgeführt haben). Vielleicht wird die kommende indische Revolution noch mit einer solchen vorübergehenden Phase beginnen (Indien schliesst noch heute ein Dutzend grosser feudaler Fürstentümer in sich).

Zweiter Fall: Die proletarische Revolutionspartei Besteht noch nicht.

Das ist die heutige Lage. Es bestehen erst Keime, da und dort auch organisierte, vor der Arbeiterschaft bereits verselbstständigte Gruppen proletarischer Revolutionäre, die auf die Herausbildung der proletarischen Revolutionspartei hinarbeiten. Dieses muss ihre Strategie und Taktik sein:

1. Sie müssen die SP(RS)/KP im Kampf zum Zuhörer, Verteidigen, Wiederherstellen der bürgerlichen Demokratie mit aller Kraft unterstützen;
2. Sie müssen diesen ihren Kampf und ihre revolutionäre Kritik verknüpfen mit der beharrlichen revolutionären Propaganda für die proletarischrevolutionäre Linie, für die proletarischrevolutionären Lösungen, für die proletarische Diktatur;
3. Sie müssen diesen ihren Kampf stets verbinden mit der unverzöglichlichen revolutionären Kritik an SP(RS)/KP;
4. Sie können einer rein sozialdemokratisch-stalinschen Regierung, die frei ist von kapitalistischen Elementen, solange ihr die Mehrheit der Arbeiter vertrauen schenkt, nach Umständen die Opposition wahren;
5. Sie müssen unter allen wie immer gearteten Umständen unbedingt und ständig die volle ideelle, politische und organisatorische Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der politischen Organisation der proletarischen Revolutionäre wahren.

Bei dieser Strategie und Taktik, wenn sie immer richtig durchgeführt wird, müssen die Erfahrungen, die die Arbeitermassen mit der SP(RS)/KP machen, sie schliesslich dazu führen, dass sie das wahre, kleinbürgerlichradikale, verräderische Wesen der SP(RS)/KP erkennen, dass sie daraus die Schlussfolgerungen ziehen, ihre Sympathien, ihr Vertrauen der proletarischen Revolutionspartei zuwenden, ihrer Führung folgen im proletarischrevolutionären Kampf auf Tod und Leben gegen den Klassenfeind und alle dessen Helferhelfer: zur Aufrichtung der proletarischen Diktatur.

IV. Marx und Engels über das Verhalten der proletarischen Revolutionspartei zur SP(RS)/KP im Kampf um die Diktatur der Arbeiterklasse.

In seiner Verrede zu den "Enthüllungen über den Kommunistenprozess zu Köln" von Karl Marx schrieb Engels: "Die von Marx und mir redigierte Ansprache (der Zentralbeirat an den Bund der Kommunisten) (von März 1850) ist noch heute von Interesse, weil die kleinbürgerliche Demokratie auch jetzt noch diejenige Partei ist, welche bei der nächsten europäischen Erschütterung, die nun bald fällig wird.....in Deutschland unbedingt zunächst ans Ruder kommen muss, als Retterin der Gesellschaft vor den kommunistischen Arbeitern. Manches von dem dort gesagten passt also noch heute". Das schrieb Engels 1850.

Diese Voraussage hat sich 1918 gründlich erfüllt: die Tatsachen haben erwiesen, dass in der proletarischrevolutionären Haut der SP nur die kleinbürgerliche Demokratie steckt.

Mittlerweile hat die SP eine Schwindelpartei als Hilfsposition aufgezogen: Die "Revolutionären Sozialisten". Nach dem berühmten Muster, das Friedrich Adler vor Jahren gegeben hat, als nach dem ersten Weltkrieg die Arbeiter der Zweiten Internationale immer mehr den Rücken zu kehren begannen, da zog er, um die Arbeiter von der Dritten Internationale abzuhalten, die Internationale 2/2 auf, nachdem er damit die Arbeiter genügend "beruhigt", eingelüfft, eingeseift hatte, sperrte er den zweieinhalbten Laden, vereinigte die 2/2 mit der 2. I. führte die von ihm irrgleiteten Arbeiter in die internationale Organisation des Arbeiterverrates wieder zurück. Das Manöver wird nun von den Adler, Bauer & Co zum zweitenmale unternommen unter der Firma "RS".....

Mittlerweile ist die stalinsche KP eine gut sozialdemokratische (richtiger: rechtssozialdemokratische) Partei geworden.

Was Marx und Engels in jener Ansprache im März 1850 geschrieben haben, davon passt auch heute noch Manches auf das Verhalten der proletarischen Revolutionspartei zu SP(RS)/KP.

aus der Ansprache der Zentralbehörde an den
(Kommunisten-) Bund im März 1875

.....Die Rolle, die die deutschen liberalen Bourgeoisie 1848 gegenüber dem Volke gespielt haben, diese so verrätherische Rolle wird in der bevorstehenden Revolution übernommen von den demokratischen Kleinbürgern, die jetzt in der Opposition dieselbe Stellung einnehmen, wie die liberalen Bourgeoisie vor 1848. Diese Partei, die demokratische, die den Arbeitern weit gefährlicher ist als die frühere liberale.....

"Das Verhältnis der revolutionären Arbeiterpartei zur kleinbürgerlichen Demokratie ist dies: sie geht mit ihr zusammen gegen die Fraktion, deren Sturz sie bezieht; sie tritt ihnen gegenüber in Allem, wodurch sie sich für sich selbst festsetzen wollen."

"Die demokratischen Kleinbürger, weit entfernt für die revolutionären Proletarier die ganze Gesellschaft umzuwalzen zu wollen, erstreben eine Änderung der gesellschaftlichen Zustände, wodurch ihnen die bestehende Gesellschaft möglichst erträglich und bequem gemacht wird..... Sie verlangen die Beseitigung des Drucks des grossen Kapitals auf das kleine...Was die Arbeiter angeht, so steht vor allem fest, dass sie Lohnarbeiter bleiben sollen wie bisher, nur wünschen die demokratischen Kleinbürger den Arbeitern besseren Lohn und eine gesicherte Existenz, und hoffen dies durch teilweise Beschäftigung von Seiten des Staates und durch Wohltätigkeitsmassregeln zu erreichen, kurz sie hoffen die Arbeiter durch mehr oder minder verdeckte Almosen zu bestechen und ihre revolutionäre Kraft durch momentane Ertraglichmachung ihrer Lage zu brechen....."

"Während die demokratischen Kleinbürger die Revolution möglichst rasch und unter Durchführung höchstens der obigen Ansprüche zum Abschluss bringen wollen, ist es unser Interesse und unsere Aufgabe, die Revolution permanent zu machen, solange, bis alle mehr oder weniger besitzenden Klassen von der Herrschaft verdrängt sind, die Staatsgewalt vom Proletariat erobert und die Association (Vereinigung) der Proletarier nicht nur in einem Lande, sondern in allen herrschenden Ländern der ganzen Welt so weit vorgeschritten ist, dass die Konkurrenz der Proletarier in diesen Ländern aufgehört hat und dass wenigstens die entscheidenden produktiven Kräfte in den Händen der Proletarier konzentriert sind. Es kann sich für uns nicht um Veränderung des Privateigentums handeln, sondern um seine Vernichtung, nicht um Vertuschung der Klassen-gegensätze, sondern um Aufhebung der Klassen, nicht um Verbesserung der bestehenden Gesellschaft, sondern um Gründung einer neuen".

"Dass die kleinbürgerliche Demokratie während der weiteren Entwicklung der Revolution für einen Augenblick den überwiegenden Einfluss in Deutschland erhalten wird, unterliegt keinem Zweifel. Es fragt sich also, was die Stellung des Proletariats und speziell des Bundes (der Kommunisten) (Also der proletarischen Revolutionärpartei; der Verf.) ihr gegenüber sein wird:

- 1) Während der Fortdauer der jetzigen Verhältnisse, wo die kleinbürgerlichen Demokraten ebenfalls unterdrückt sind?
- 2) Im nächsten revolutionären Kampf, der ihnen das Übergewicht bringen wird?
- 3) Nach diesem Kampf, während der Zeit des Übergewichtes über die gestürzten Klassen und das Proletariat?

1) Im gegenwärtigen Augenblick, wo die demokratischen Kleinbürger überall unterdrückt sind, predigen sie dem Proletariat im Allgemeinen Einigung und Versöhnung, sie bieten ihm die Hand und streben nach einer grossen Oppositionspartei, die alle Schattierungen in der demokratischen Partei umfasst, das heißt, sie streben darnach, die Arbeiter in eine Parteiorganisation zu verwickeln, in der die allgemeinen sozialdemokratischen Phrasen vorherrschen, hinter welchen ihre besonderen Interessen sich verstecken, und in der die bestimmten Forderungen des Proletariats um des lieben Friedens willen nicht vorgebracht werden dürfen. Eine solche Vereinigung würde allein zu ihrem Vorteile und ganz zum Nachteil des Proletariats ausfallen. Das Proletariat würde seine ganze selbständige, mühsam erkaufte Stellung verlieren und wieder zum Anhänger der offiziellen burgerlichen Demokratie herabsinken. Diese Vereinigung muss also auf das Entschiedenste zurückgewiesen werden.

Statt sich abermals dazu herabzulassen, den bürgerlichen Demokraten als Beifall klatschender Chor zu dienen, müssen die Arbeiter, vor allem der Bund (den Kommunisten), dahin wirken, neben den offiziellen Demokraten eine selbstständige geheime und öffentliche Organisation der Arbeiterpartei herzustellen.....

"Für den Fall eines Kampfes gegen einen gemeinsamen Gegner bedarf es keiner besonderen Vereinigung. Sobald ein solcher Gegner direkt zu beläppen ist, fallen die Interessen beider Parteien für den Moment zusammen, und wie bisher wird sich auch in Zukunft diese nur für den Augenblick berechnete Verbindung von selbst herstellen."

"Es versteht sich, dass bei den bevorstehenden blutigen Konflikten, wie bei allen früheren, die Arbeiter durch ihren Mut, ihre Entschiedenheit und Aufopferung hauptsächlich den Sieg werden zu erkämpfen haben. Wie bisher werden auch in diesem Kampfe die Kleinbürger in Masse sich solange wie möglich zaudernd, unschlüssig und untätig verhalten, um dann sobald der Sieg entschieden ist, ihn für sich in Besitz nehmen, die Arbeiter zur Ruhe und Heimkehr an ihre Arbeit aufzufordern, sogenannte Exzesse zu verhüten und das Proletariat von den Früchten des Sieges auszuschließen."

"Es liegt nicht in der Macht der Arbeiter, den kleinbürgerlichen Demokraten dies zu verwehren, aber es liegt in ihrer Macht, ihnen das Aufkommen gegenüber dem bewaffneten Proletariat zu erschweren und ihnen solche Bedingungen zu diktieren, dass die Herrschaft der bürgerlichen Demokraten von vorneherein den Keim des Unterganges in sich trägt und ihre spätere Verdrängung durch die Herrschaft des Proletariats bedeutend erleichtert wird."

"Die Arbeiter müssen von allen Dingen während des Konfliktes und unmittelbar nach dem Kampf, soviel nur irgend möglich, der bürgerlichen Abweigung entgegenwirken und die Demokraten zur Ausführung ihrer jetzigen terroristischen Phrasen zwingen."

"Sie müssen dahin arbeiten, dass die unmittelbare revolutionäre Aufregung nicht sogleich nach dem Siege wieder unterdrückt wird. Sie müssen im Gegenteil solange wie möglich dieselbe aufrechterhalten. Weit entfernt, den sogenannten Exzessen, den Exemplen der Volksrache, an verhassten Individuen oder öffentlichen Gebäuden, an die sich nur gehässige Erinnerungen knüpfen, entgegenzutreten, muss man diese Exemplar nicht nur dulden, sondern ihre Leitung selbst in die Hand nehmen."

"Während des Kampfes und nach dem Kampf müssen die Arbeiter neben den Forderungen der bürgerlichen Demokraten ihre eigenen (proletarischrevolutionären, der Verf.) Forderungen bei jeder Gelegenheit aufstellen."

"Sie müssen Garantien für die Arbeiter verlangen, sobald die demokratischen Bürger sich anschicken, die Regierung in die Hand zu nehmen. Sie müssen sich diese Garantien nötigenfalls erzwingen und überhaupt dafür sorgen, dass die neuen Regierer sich zu allen nur möglichen Konzessionen und Versprechungen verpflichten - das sicherste Mittel sie zu kompromittieren."

"Sie müssen überhaupt den Siegesrausch um die Begeisterung für den neuen Zustand, der nach jedem siegreichen Strassenkampf eintritt in jeder Weise durch ruhige und kaltblütige Auffassung der Zustände und durch unverhohlenes Misstrauen gegen die neue Regierung so sehr wie möglich zurückhalten."

"Sie müssen neben den neuen offiziellen Regierungen zugleich eigene revolutionäre Arbeiterregierungen, sei es in Form von Gemeindevorständen, Gemeinderäten, sei es durch Arbeiterclubs oder Arbeiterkomitees (das sind Arbeiterräte, der Verf.) errichten, so dass die bürgerlich demokratischen Regierungen nicht nur sogleich den Rückhalt an den Arbeitern verlieren, sondern sich von vorneherein von Behörden überwacht und bedroht sehen, hinter denen die ganze Masse der Arbeiter steht."

"Mit einem Wort: vom ersten Augenblick des Sieges muss sich das Mistrauen nicht nur mehr gegen die besiegte reaktionäre Partei, sondern gegen ihre bisherigen Bundesgenossen, gegen die Partei richten, die den gemeinsamen Sieg allein ausbeuten will."

2) Um aber dieser Partei, deren Verrat an den Arbeitern mit der ersten Stunde des Sieges anfangen wird, energisch und drohend entgegenzutreten zu können, müssen die Arbeiter bewaffnet und organisiert sein.

Die Bewaffnung des ganzen Proletariats mit Flinten, Büchsen, Geschützen und Munition muss sofort durchgesetzt, der Wiederbelebung der alten, gegen die Arbeiter gerichteten Bürgerwehr muss entgegengetreten werden. Wodurch dies letztere aber nicht durchzusetzen ist, müssen die Arbeiter versuchen, sich selbstständig als proletarische Garde, mit selbstgewählten Chef und eigenem selbstgewählten Generalstabe zu organisieren und unter den Befehl, nicht der Staatsgewalt, sondern der von den Arbeitern durchgesetzten revolutionären Gemeinderäten (der Arbeiterräte, der Verf.) zu treten. Wo Arbeiter für Staatsrechnung beschäftigt werden müssen, sie ihre Bewaffnung und Organisation in ein besonderes Corps mit selbstgewählten Chefs oder als Teil der proletarischen Garde durchsetzen. Die Waffen und die Munition dürfen unter keinem Vorwand aus den Händen gegeben. Jeder Entwaffnungsversuch muss nötigenfalls mit Gewaltvorbereitung werden. Vernichtung des Einflusses der bürgerlichen Demokraten auf die Arbeiter, sofortige selbstständige und bewaffnete Organisation der Arbeiter und Durchsetzung möglichst erschwerender und kompromittierender Bedingungen für die augentücklich unvermeidliche Herrschaft der bürgerlichen Demokratie, das sind die Hauptpunkte, die das Proletariat und somit der Bund (der Kommunisten) (die proletarische Klassenpartei, der Verf.) während und nach dem bevorstehenden Aufstand im Auge zu behalten hat.

3) Sobald die neuen Regierungen sich einigermassen befestigt haben, wird der Kampf gegen die Arbeiter sofort beginnen. Um hier den demokratischen Kleinbürgern mit Macht entgegentreten zu können, ist vor allem nötig, dass die Arbeiter in Klubs selbstständig organisiert und zentralisiert sind.....

"Die nächste Folge des Sturzes der bestehenden Regierungen wird die Wahl einer Nationalvertretung sein. Das Proletariat muss hier dafür sorgen:

a) Dass durch keinerlei Schikanen von Lokalbehörden und Regierungskommissären eine Anzahl von Arbeitern unter irgendeinem Vorwand ausgeschlossen wird.

b) Dass überall neben den bürgerlichen demokratischen Kandidaten, Arbeiterkandidaten, die möglichst aus Bundesmitgliedern (Mitgliedern der proletarischen Klassenpartei, der Verf.) bestehen müssen und deren Wahl mit allen möglichen Mitteln zu betreiben ist. Selbst da, wo gar keine Aussicht ist, müssen die Arbeiter ihre eigenen Kandidaten aufstellen, um ihre Selbstständigkeit zu bewahren, ihre Kräfte zu zählen, ihre revolutionäre Stellung und Parteistandpunkte vor die Öffentlichkeit zu bringen. Sie dürfen sich hierbei nicht durch die Redensarten der Demokraten bestechen lassen, wie z.B. dadurch spalte man die demokratische Partei und gebe der Reaktion die Möglichkeit zum Sieg. Bei allen solchen Phrasen kommt es schliesslich darauf hinaus dass das Proletariat geprellt werden soll. Die Fortschritte, die die proletarische Partei durch ein solches unabängiges Auftreten machen muss sind unendlich wichtiger, als der Nachteil, den die Gegenwart einiger Reaktionäre in der Vertretung erzeugen können. Tritt die Demokratie von vorneherein entschieden und terroristisch gegen die Reaktion auf, so ist deren Einfluss bei den Wahlen schon im Voraus vernichtet.....

"Wir haben gesehen, wie die Demokraten bei der nächsten Bewegung zu Herrschaft kommen, wie sie genötigt sein werden, mehr oder weniger sozialistische Massregeln vorzuschlagen. Man wird fragen, welche Massregeln die Arbeiter dagegen vorschlagen sollen? Die Arbeiter können natürlich im Anfange der Bewegung noch keine direkt kommunistischen Massregeln vorschlagen. Sie können aber:

1) Die Demokraten dazu zwingen, nach möglichst vielen Seiten hin in die bisherige Gesellschaftsordnung einzugreifen, ihren regelmässigen Gang zu stören und sich selbst zu kompromittieren, sowie möglichst viele Produktivkräfte, Transportmittel, Fabriken, Eisenbahnen usw. in den Händen des Staates zu konzentrieren.

2) Sie müssen die Vorschläge der Demokraten, die jedenfalls nicht revolutionär, sondern reformierend auftreten werden, auf die Spitze treiben und sie in direkte Angriffe auf das Privateigentum verwandeln, so zum Beispiel, wenn die Kleinbürger vorschlagen, die Eisenbahnen und Fabriken anzukaufen, so müssen die Arbeiter fordern, dass diese Eisenbahnen und Fabriken als Eigentum von Reaktionären vom Staate einfach und ohne Entschädigung konfisziert werden. Wenn die Demokraten die proportionelle Steuer vorschlagen, fordern die Arbeiter progressive;

wenn die Demokraten selbst eine gemässigte progressive Steuer
vorschlagen, bestehen die Arbeiter auf einer Steuer, deren Sätze
so rasch steigen, dass das grosse Kapital dabei zu Grunde geht;
wenn die Demokraten die Regulierung der Staats Schulden verlangen,
verlangen die Arbeiter den Staatsbankrott. Die Forderungen der Arbeiter
werden sich also überall nach den Konzessionen und Massregeln der Demo-
kraten richten müssen.

----- Aber sie selbst (die deutschen Arbeiter) müssen das Meiste zu ihrem endlichen Siege dadurch tun, dass sie sich selbst über ihre Klageninteressen aufklären, ihre selbstständige Parteistellung sobald wie möglich einnehmen, sich durch die heuchlerischen Phrasen der demokratischen Kleinstadt keinen Augenblick an der unabhängigen Organisation der Partei des Proletariats irremachen lassen. Ihr Schlachtruf muss sein: "Die Revolution in P e r m a n e n z".

London, im März 1850.

www.merriam-webster.com/thesaurus/antonym

Aus der Ansprache derselben Zentralbehörde
an den Bund (der Kommunisten)
vom Juni 1 8 5 0 .

".....Die Arbeiterpartei kann unter Umständen sehr gut andere Parteien und Parteifraktionen zu ihren Zwecken gebrauchen, aber sie darf sich keiner anderen Partei unterordnen. Diejenigen Leute aber, die in der letzten Bewegung an der Regierung waren und ihre Stellung dazu benutzten, die Bewegung zu verraten und die Arbeiterpartei, wo sie selbstständig auftreten wollte, niederrzudrücken, diese müssen unter allen Umständen ferngehalten werden".....

Inhaltsverzeichniss.

XII. Die Aufrichtung der Proletarischen Diktatur.

	Seite
A. Die Notwendigkeit des bewaffneten Aufstandes.....	1
B. Wann ist die Zeit reif für die proletarische Revolution?.....	2
C. Für den revolutionären Sieg ist notwendig die Mehrheit!.....	4
D. Revolution und Aufstand.....	6
E. Die drei Grundregeln des bewaffneten Aufstands.....	6
F. Die Frage der Bewaffnung.....	10
G. Aufstand und Bürgerkrieg.....	10
H. Die Frage des Terrors.....	10
J. Bewaffneter Aufstand und ausserpolitische Lage.....	12
K. Das Ziel des bewaffneten Aufstands.....	12
L. Das Aktionsprogramm des proletarischen Aufstands.....	13
M. Diktatur der Klasse oder Diktatur der Partei?.....	24
N. Der Weg zur proletarischen Diktatur.....	25